

Niedersachsen

E n t w u r f

Rahmenrichtlinien für die gymnasiale Oberstufe

Fach: Gemeinschaftskunde

Stand: Januar 1984

Az.: 201 - 82 165/2 - 17

Georg-Eckert-Institut
für internationale
Schulbuchforschung
Braunschweig
Schulbuchbibliothek

84/861

<u>Inhalt</u>	<u>Seite</u>
1 Aufgaben des Faches Gemeinschafts- kunde	1
2 Ziele	4
2.1 Leitziele und Lernziele	4
2.2 Methodische Fähigkeiten und Fertig- keiten (instrumentale Lernziele	16
3 Unterrichtsinhalte	18
3.1 Vorstufe	18
3.2 Kursstufe	22
4 Der Unterricht in der Vor- und in der Kursstufe	51
5 Unterrichtsverfahren	55
5.1 Grundsätze	55
5.2 Methoden	58
6 Lernerfolgskontrollen und Leistungs- bewertung	62
7 Beispiele für Kurse und Kursfolgen	65

Z-V NI

S-6(1984)

1. Aufgaben des Faches Gemeinschaftskunde in der gymnasialen Oberstufe

Der Gemeinschaftskundeunterricht hat die Aufgabe, den Schüler der gymnasialen Oberstufe durch Förderung seiner Reflexions- und Urteilsfähigkeit auf die Wahrnehmung seiner Rolle als Staatsbürger vorzubereiten. Der junge Mensch soll lernen, Vorgänge in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft - im nationalen wie im internationalen Rahmen - zu verfolgen, sie sachgerecht zu analysieren und zu beurteilen und sich politisch und sozial verantwortungsbewußt zu verhalten.

Bei der Ausbildung der Urteilsfähigkeit des Schülers ist auf den Erwerb sicherer und verfügbarer Kenntnisse Wert zu legen. Dem Gemeinschaftskundeunterricht stellt sich damit die Aufgabe, das im Fach Sozialkunde erarbeitete Wissen zu festigen und zu erweitern. Die Kenntnisse, die der Schüler im Gemeinschaftskundeunterricht erwirbt, beziehen sich auf politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Fakten und Zusammenhänge wie auch auf grundlegende fachwissenschaftliche Begriffe und ihre Definition. Angesichts der Vielfalt von Problemen in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft hat der Gemeinschaftskundeunterricht - auch in Leistungskursen - kein Spezialwissen, sondern grundlegende Kenntnisse und Einsichten zu vermitteln.

Zu der angestrebten Grundbildung gehört auch die Kenntnis und Anwendung fachspezifischer Frageweisen, mit denen politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Sachverhalte erschlossen werden. Es handelt sich um fundamentale Kategorien der politischen und gesellschaftlichen Analyse wie Macht/Ordnung, Normen, Alternativen, Interdependenz, Interessen, Konflikt/Kompromiß, Information, Ideologie. Diese bereits aus dem Sozialkundeunterricht bekannten Fragestellungen werden im Gemeinschaftskundeunterricht dem Schüler stärker bewußt gemacht

und von ihm zunehmend selbständig gehandhabt.

Im Unterricht des Faches Gemeinschaftskunde erfährt der Schüler unterschiedliche Meinungen, Wertungen und Handlungsweisen. Das Grundgesetz garantiert diesen Pluralismus. Es ist allerdings nicht wertneutral, sondern an Grundwerte wie Menschenwürde, Freiheit, Rechtsgleichheit, soziale Gerechtigkeit, Frieden, Gemeinwohl gebunden. Der Gemeinschaftskundeunterricht hat dem Schüler Maßstäbe für sein Urteilen und Handeln zu vermitteln, die sich aus diesen Grundwerten ergeben. Dabei ist auch das Spannungsverhältnis sichtbar zu machen, in dem einige dieser Grundwerte stehen. Durch Gegenüberstellung und Vergleich der Grundwerte des Grundgesetzes mit anderen politischen Wertvorstellungen läßt sich ihre Bedeutung besonders klar erfassen. Dem Schüler muß bewußt werden, daß unsere freiheitliche und pluralistische Demokratie auf einen Konsens der Staatsbürger angewiesen ist, der sich auf die Grundwerte stützt.

Geistige Fähigkeiten und Haltungen, die sich auf politische und soziale Beteiligung richten, lassen sich vorrangig in Auseinandersetzung mit Entscheidungen und Maßnahmen praktischer Gestaltung entwickeln. Aus diesem Grunde sollen im Gemeinschaftskundeunterricht theoretische Positionen nicht ohne Bezug zur Praxis behandelt werden. Sie sind notwendig, um Geschehen zu erklären und Stellungnahmen zu begründen, haben jedoch stets dienende Funktion.

Politisches und soziales Handeln vollzieht sich immer in zukunfts-offenen Situationen. Daher müssen die Schüler lernen, Folgen und Wirkungen von Entscheidungen - trotz bleibender Ungewißheit - verantwortungsbewußt im voraus zu bedenken, den Meinungsstreit zu akzeptieren und sich an ihm zu beteiligen. Der Gemeinschaftskundeunterricht betont diesen Aspekt politischer Bildung und Erziehung, indem er Erscheinungen und Streitfragen unserer Gegen-

wart und Möglichkeiten der Zukunftsgestaltung thematisiert. Hier liegt das Zentrum des Faches. Eine geschichtliche Betrachtung ist in diesem Zusammenhang bisweilen angebracht; sie dient dazu, Gegenwartsphänomene zu verstehen und kritisch zu befragen und Vorschläge zur Lösung von Problemen realistisch einzuschätzen. In diesem Sinne ist sie in die Problemanalyse eingebunden und darf sich nicht verselbständigen.

Der Schüler muß bei der Untersuchung und Beurteilung solcher Gegenwartsfragen auch lernen, das eigene Verhalten zu reflektieren. Er muß erfassen, daß der Bürger in unserem Staat gemäß der Verfassung und im Rahmen der eigenen Möglichkeiten auf Entscheidungen in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft Einfluß nehmen soll und daß er für viele Entscheidungen in diesen Bereichen - auch wenn er sich nicht äußert - Verantwortung mitträgt.

Der Gemeinschaftskundeunterricht ist dem problembezogenen didaktischen Ansatz verpflichtet und nicht fachwissenschaftlich-systematisch orientiert. Damit kommen wissenschaftliche Erkenntnisse und Methoden nur in Ausschnitten und jeweils auf das Problem gerichtet zur Anwendung. Der Unterricht stützt sich hierbei auf unterschiedliche Bezugswissenschaften wie Politikwissenschaft, Soziologie, Geschichtswissenschaft, Volkswirtschaftslehre, Rechtswissenschaft, Geographie, Psychologie.

In der sachgerechten Handhabung ausgewählter fachwissenschaftlicher Methoden und Begriffe wie auch in der reflektierten Verwendung politischer Kategorien liegt der Beitrag der Gemeinschaftskunde zum wissenschaftspropädeutischen Arbeiten im Aufgabenfeld B der gymnasialen Oberstufe.

2. Ziele

2.1 Leitziele und Lernziele

Die Fähigkeit, politische, soziale und wirtschaftliche Probleme zu analysieren und fachlich fundiert zu beurteilen sowie sich verantwortungsbewußt politisch und sozial zu engagieren, wird im folgenden durch acht Leitziele beschrieben, die, wenngleich nicht trennscharf, spezifische Fähigkeiten und Verhaltensweisen hervortreten lassen. Sie nehmen Bezug auf die Kategorien der politischen und gesellschaftlichen Analyse (vgl. S. 1)

Diese Leitziele sind für den Gemeinschaftskundeunterricht verbindlich.

Die wesentlichen kognitiven Fähigkeiten wie auch die Einstellungen und Haltungen, die politisches Verhalten bestimmen, kommen in jedem einzelnen Leitziel zum Ausdruck. Sie umfassen

- die Fähigkeit zur Analyse politischer, sozialer und wirtschaftlicher Sachverhalte in Verbindung mit dem Aufbau grundlegender Kenntnisse,
- die Fähigkeit zur Beurteilung und Bewertung der Sachverhalte
- die Bereitschaft zu politischem Engagement

Die Reihenfolge, in der die Leitziele aufgeführt sind, stellt keine Rangfolge dar.

Die Leitziele decken sich weitgehend mit denen des Sozialkundeunterrichts, der die Schüler im Sekundarbereich I in die Auseinandersetzung mit Politik eingeführt hat. Der Gemeinschaftskundeunterricht führt diese Aufgabe mit gleicher Zielrichtung, aber höherem fachlichen Anspruch fort. Dieser zeigt sich insbesondere in einem breiteren Inhaltsbezug, in einer größeren Vielfalt von Untersuchungsaspekten, in der stärkeren Einbeziehung von Bezugswissenschaften (vor allem der Geschichte und Erdkunde)

und im wissenschaftspropädeutischen Arbeiten.

Die Leitziele beschreiben idealtypisch Merkmale staatsbürgerlichen Verhaltens. Sie weisen den Zielsetzungen im Unterricht die Richtung; mit welcher Intensität sie angestrebt bzw. erreicht werden können, hängt von dem Schuljahrgang, dem Kurstyp und der jeweiligen Lerngruppe ab.

Sie werden durch Lernziele konkretisiert. Diese entsprechen in ihrer Gliederung den in der Formulierung der Leitziele zum Ausdruck kommenden Fähigkeiten und Bereitschaften.

Wie die Leitziele haben die Lernziele inhaltsübergreifenden Charakter. Ihre Aufzählung ist nicht vollständig, doch geben sie beispielhaft wesentliche Fragerichtungen vor. Der Lehrer wird sie von seinem Unterrichtsgegenstand her weiter konkretisieren und ergänzen.

Die Lernziele bestimmen nicht ein Endverhalten, sondern sind als Aufgaben formuliert; sie nehmen Untersuchungsergebnisse oder Bewertungen politischer, sozialer und wirtschaftlicher Sachverhalte nicht vorweg, beschreiben aber den Rahmen, innerhalb dessen die Schüler demokratisches Verhalten entwickeln können.

Bei der Planung des Unterrichts müssen Lernziele und Unterrichtsinhalte miteinander in Beziehung gebracht werden: Die Verbindung von Lernzielen und Inhalten bestimmt die Themen und Fragestellungen der Unterrichtsstunden. Jede Lernzieldimension - Analyse, Urteile und Aufbau von Haltungen - ist angemessen zu berücksichtigen.

Leitziel 1

Fähigkeit und Bereitschaft, politische, soziale und wirtschaftliche Ordnungen und Machtverhältnisse zu untersuchen, in ihren Wirkungen zu beurteilen und sich an der Willensbildung in Staat und Gesellschaft zu beteiligen.

Lernziele

- Kenntnisse über politische, soziale, wirtschaftliche Ordnungen erwerben
- Entstehung, Aufbau und Aufgaben wichtiger Institutionen untersuchen
- institutionalisierte und informelle Willensbildungsprozesse analysieren
- politische, soziale, wirtschaftliche Ordnungen nach Sinn und Zweck befragen

- Legitimität von Herrschaft prüfen
- politische, soziale, wirtschaftliche Ordnungen unter den Aspekten der Machtverteilung und Machtkontrolle, der Partizipation und Effektivität werten
- Ordnungen funktional, wertbezogen oder auch interessengebunden interpretieren
- Anspruch und Wirklichkeit politischer, sozialer, wirtschaftlicher Ordnungen miteinander vergleichen
- Machtausübung nach dem Verhältnis von eingesetzten Mitteln und angestrebten Zielen beurteilen
- Einstellungen zur Macht - wie Widerstand, Ablehnung, Respektieren aus Einsicht in die Notwendigkeit, Anpassung, Verberrlichung auf ihre Ursachen und Folgen untersuchen

- für freiheitlich-demokratisch legitimierte Ordnungen, Institutionen und Regeln eintreten
- legitimierte Entscheidungen respektieren
- die von der Rechtsordnung legitimierten Handlungsmöglichkeiten wahrnehmen lernen
- Anpassungstendenzen nicht unkritisch nachgeben

Leitziel 2

Fähigkeit und Bereitschaft, Werte und Normen - einschließlich der Rechtsnormen - zu analysieren, ihre Funktionen für den einzelnen wie für das Zusammenleben zu verstehen, die eigene normative Orientierung zu überprüfen und für Schutz bzw. Einhaltung grundlegender Werte und Normen einzutreten.

Lernziele

- politische, soziale, wirtschaftliche Ordnungen, Entscheidungen und Verhaltensweisen hinsichtlich der ihnen zugrunde liegenden Werte und Normen zu untersuchen
- Kenntnisse grundlegender Verfassungs- und Rechtsnormen erwerben
- Funktionen von Normen für das Verhalten in der Gesellschaft erfassen
- den Verbindlichkeitsgrad von Normen bestimmen und unterschiedliche Interpretationen von Normen analysieren

- Grundwerte der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland verstehen und mit anderen Wertorientierungen vergleichen
- politisches Verhalten nach Legalität und Legitimität beurteilen
- Wertsetzungen auf ihre Herkunft und ihre Begründung untersuchen
- prüfen, inwieweit Werte und Normen in der politischen Wirklichkeit Beachtung finden
- eigene Einstellungen und Wertmaßstäbe auf ihre Entstehung und Wirkung hin betrachten

- für den Schutz von Menschenrechten sowie für die Einhaltung grundlegender Verfassungs- und Rechtsnormen der Bundesrepublik Deutschland eintreten
- legitimen Anforderungen, selbst wenn sie subjektiv kritikwürdig erscheinen, entsprechen und mögliche Spannungen aushalten sowie für begründeten Normwandel im Rahmen unserer Rechtsordnung eintreten

- sich mit Leitbildern politischen und sozialen Handelns auseinandersetzen
- eigene Maßstäbe für das Verhalten aufstellen, sie argumentativ verteidigen und ihre praktischen Folgen beachten
- sich für die Veränderung eigener Einstellungen und Verhaltensweisen offenhalten

Leitziel 3

Fähigkeit und Bereitschaft, sich mit kontroversen Positionen in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft auseinandersetzen, zu begründeten Entscheidungen zu gelangen und sie argumentativ zu vertreten.

Lernziele

- bei gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen Zielsetzungen und Entscheidungen nach Alternativen fragen
- Kenntnisse über konkurrierende Auffassungen erwerben
- gegenwärtige Verhältnisse auf frühere Entscheidungen zurückführen und die ausgeschlossenen Möglichkeiten erkennen

- unterschiedliche Zielvorstellungen oder Maßnahmen zur Lösung eines Problems vergleichen, sie gegeneinander abwägen und sich begründet entscheiden

- Andersdenkende nicht diskriminieren, sondern sich mit ihnen auseinandersetzen
- die Meinungen Andersdenkender tolerieren bzw. ihnen mit zulässigen Mitteln entgegentreten
- an der eigenen, nach sorgfältiger Prüfung für richtig erachteten Position festhalten und für die eintreten

Leitziel 4

Fähigkeit und Bereitschaft, politische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge sowie geschichtliche und geographische Bedingungen und Wirkungen von Entscheidungen zu erfassen und bei der Urteilsbildung zu berücksichtigen.

Lernziele:

- politische, soziale und wirtschaftliche Erscheinungen nicht isoliert betrachten, sondern in Funktionszusammenhängen sehen
- politische, wirtschaftliche und soziale Gegebenheiten und Entscheidungen in Hinblick auf ihre historischen Ursachen und Bedingungen analysieren
- Konzeptionen und Maßnahmen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf ihre geographischen Bedingungen und ihren Einfluß auf Natur und Umwelt hin untersuchen
- Zusammenhänge zwischen beabsichtigten Wirkungen und möglichen Nebenwirkungen von Entscheidungen aufdecken.
- Entscheidungen, Handlungen und Auffassungen in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft nach ihren Abhängigkeiten und Wechselbeziehungen beurteilen
- Folgen historischer und aktueller Entscheidungen einschätzen und bewerten
- Auswirkungen geographischer Gegebenheiten auf politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklungen und Entscheidungen beurteilen.
- einseitigen Deutungen sozialer, wirtschaftlicher und politischer Entscheidungen mißtrauen und Verkürzungen nachspüren
- sich um ein durchdachtes Urteil bemühen, zugleich jedoch Grenzen der eigenen Sachkompetenz bei bestimmten sozialen, wirtschaftlichen und politischen Fragen erkennen
- die sozialen, wirtschaftlichen, politischen wie auch die historischen und geographischen Abhängigkeiten bei der Urteilsbildung wahrnehmen und berücksichtigen

Leitziel 5

Fähigkeit und Bereitschaft, politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Auffassungen und Entscheidungen hinsichtlich der mit ihnen verbundenen Interessen zu befragen und zu beurteilen, eigene Interessen und Interessen anderer gegeneinander abzuwägen sowie Wege der Interessendurchsetzung und des Interessenausgleichs zu prüfen und zu nutzen.

Lernziele:

- politische, soziale und wirtschaftliche Auffassungen und Entscheidungen im Hinblick auf erklärte oder verdeckte Interessen untersuchen
- eigene Interessen und Rechte erkennen und begründen
- eigene Interessen auf Gruppeninteressen beziehen und analysieren, inwieweit sie bei Zusammenschluß mit anderen erfolgreich durchgesetzt werden können
- Mittel und Wege kennen, Interessen zu vertreten
- Möglichkeiten und Grenzen politischer Beteiligung kennenlernen
- politisch oder sozial benachteiligte Gruppen wahrnehmen und ihre Behinderung bei der Interessenartikulation untersuchen

- Interessen anderer gegen eigene abwägen
- beurteilen, ob und inwieweit gesellschaftliche Belange über private Interessen gestellt werden müssen
- unterschiedliche Mittel und Wege zur Interessendurchsetzung hinsichtlich ihrer Rechtmäßigkeit und Wirksamkeit beurteilen
- Institutionen, Parteien und Verbände danach beurteilen, in welchem Maße sie dem Bürger Mitbestimmung ermöglichen
- eigene Interessen und Rechte vertreten, Partei ergreifen und sich durch Widerstände nicht entmutigen lassen

- die mit dem Repräsentativsystem gegebenen Grenzen der Durchsetzung eigener Interessen respektieren
- die berechtigten Interessen und Rechte anderer anerkennen
- sich für sozial oder politisch Benachteiligte einsetzen
- Möglichkeiten politischer Beteiligung nutzen

Leitziel 6

Fähigkeit und Bereitschaft, politische, soziale und wirtschaftliche Konflikte zu analysieren und zu beurteilen sowie sich an ihrer Regelung zu beteiligen.

Lernziele

- lernen, daß in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ständig Konflikte auftreten, die eine Regelung erfordern
- erkennen, daß Maximallösungen sich in den wenigsten Konfliktfällen verwirklichen lassen und daß daher Kompromisse gesucht werden müssen
- rechtlich gesicherte Konfliktregelung im innerstaatlichen Bereich und spezifische Eigenarten internationaler Konfliktregelung unterscheiden
- innerstaatliche und internationale Konflikte auf ihre Ursachen, Bedingungen und Folgen untersuchen
- Interessen und Strategien der anderen Seite bei der Konfliktregelung analysieren und in die eigenen Überlegungen einbeziehen
- unterschiedliche Arten der Konfliktregelung reflektieren

- Formen der Konfliktregelung auf Legalität, Angemessenheit der Mittel und auf mögliche Folgen hin bewerten
- Möglichkeiten der innerstaatlichen und internationalen Konfliktregelung unter dem Aspekt der Sicherung von Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit beurteilen

- friedliche Formen der Konfliktaustragung suchen
- bei der Austragung von Konflikten Druck auf mögliche Nachteile aushalten
- kompromißfähig sein

Leitziel 7

Fähigkeit und Bereitschaft, mit Medien kritisch umzugehen und sich am Prozeß der Meinungsbildung mit eigenem Standpunkt zu beteiligen.

Lernziele

- Kenntnisse über Organisation und rechtliche Stellung öffentlicher Medien erwerben
- Verbreitung und Nutzung unterschiedlicher Medien erfassen
- Funktionen von Presse und Rundfunk bestimmen
- politische Informationen und Meinungsäußerungen auf die mit ihnen verbundenen Absichten und Wertvorstellungen hin untersuchen
- Mittel und Techniken der politischen Beeinflussung kennenlernen und auf ihre Wirkung untersuchen
- Entscheidungsprozesse in den Redaktionen analysieren

- die Wirkungen der Medien in der Gesellschaft beurteilen
- politische Meinungsbildung durch Medien unter den Aspekten der Meinungsfreiheit und -vielfalt, der Machtausübung und -kontrolle beurteilen

- Meinungsvielfalt als Element einer freiheitlichen Ordnung wertschätzen
- sich selbständig und fortlaufend mit Hilfe von Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen über politisches Geschehen informieren
- unterschiedliche politische Meinungen zur Kenntnis nehmen und sich mit ihnen auseinandersetzen
- sich an der politischen Meinungsbildung entsprechend den Gegebenheiten aktiv beteiligen
- sich gegen manipulierende Tendenzen wehren

Leitziel 8

Fähigkeit und Bereitschaft, politische Auffassungen und Theorien auf Vorurteile und auf Ideologien hin zu untersuchen und sich um Distanz gegenüber voreingenommenem Denken zu bemühen.

Lernziele

- unterschiedliche Ansätze zur Erklärung von Vorurteilen kennenlernen
- Kenntnisse über unterschiedliche Ideologiebegriffe erwerben
- Funktionen von Vorurteilen bzw. ideologischem Denken unterscheiden (Harmonisierung, Verschleierung, Ablenkung, Rechtfertigung, Herrschaftsstabilisierung, Sündenbockfunktion, Religionsersatz usw.)
- Interessenbindung, Zeitbedingtheit und Einseitigkeit von Ideologien erkennen
- politische, soziale und psychische Voraussetzungen für vorurteilsbehaftetes und für ideologisches Denken ermitteln
- die Wirksamkeit von Vorurteilen und ideologischer Beeinflussung untersuchen und bewerten
- politische Aussagen ideologiekritisch beurteilen und auf ihren Realitätsgehalt prüfen
- ideologisch bedingte Frageverbote aufspüren
- zwischen begründeter Werthaltung und ideologischem Denken unterscheiden
- sich der Einflüsse, denen man bei der Urteilsfindung unterliegt, bewußt werden
- sich neuen, auch unbequemen Informationen und Einsichten öffnen
- Voreinstellungen und einseitige Denkmuster überwinden
- gegenüber ideologischer Beeinflussung kritisch werden

2.2 Methodische Fähigkeiten und Fertigkeiten

Im Gemeinschaftskundeunterricht erwerben die Schüler methodische Fähigkeiten und Fertigkeiten, (instrumentale Lernziele) die eine wesentliche Voraussetzung selbständiger Urteilsbildung sind. Vermittelt werden diese durch Anwenden und Üben bei der Erarbeitung der Unterrichtsinhalte. Darüber hinaus ist es aber erforderlich, hin und wieder gezielt Arbeitsschritte bewußt zu machen und zu schulen. Die Schüler entwickeln diese Fähigkeiten und Fertigkeiten sowohl in den Grundkursen als auch in den Leistungskursen. Die Unterschiede zwischen beiden Kurstypen sind in dieser Hinsicht gradueller Art (vgl. S. 54f).

1. Techniken der Informationsbeschaffung:

- Rundfunk und Fernsehen nutzen
- regelmäßig Zeitung lesen, Artikel sammeln und vergleichen
- Lexika, Handbücher usw. benutzen
- Bibliotheken, Archive usw. aufsuchen
- Material beschaffen bei Behörden, Verbänden usw.
- Experten befragen (Interviews)

2. Fähigkeiten und Fertigkeiten bei der Analyse und Interpretation von Materialien

(in erster Linie von Texten, aber auch ^{von} Statistiken, Bildern, Filmen, Plakaten, Karikaturen, Karten usw.):

- äußere und innere Quellenkritik
Ort, Datum, Sprech- bzw. Schreibanlaß, historisch-politischer Zusammenhang, Adressatenkreis, Art der Veröffentlichung, biographischer Hintergrund, politische Funktion des Autors, Auszug und Auswahl, Aussageabsicht, Aussagewert des Materials
- Textanalyse:
Hauptthesen ermitteln, Gliederung, Argumentation
(Thesen, logische Verknüpfungen, Schlußfolgerungen,

←Begründungen, Belege, Auslassungen), politische
←Sprache (Wortwahl, Metaphern, Stilmittel), Grund-
annahmen und Positionen, Befragung des Textes
←mit Hilfe von politischen Kategorien

- Beurteilung, Stellungnahme:
Vergleichen der im Text zum Ausdruck gebrachten
Position mit anderen Positionen, Gegenargumente
bedenken, Konsequenzen erwägen, in Zusammenhänge
einordnen, selbst Stellung nehmen, eigenes Urteil
begründen und dabei die Maßstäbe (Wertorientie-
rungen) darlegen

3. Kommunikative Fähigkeiten:

- Formen des Gesprächs im Unterricht bzw. in der
Kleingruppe beherrschen (Unterrichtsgespräch, Dis-
kussion, Debatte, Podiumsgespräch)
- demokratische Verfahrensregeln kennen und anwenden
(Diskussionsleitung, Geschäftsordnungen)
- an der Planung von gemeinsamen Arbeitsvorhaben teil-
nehmen
- politische Sachverhalte selbständig darstellen
(Protokoll, Skizze, Schaubild, Referat u. ä.
anfertigen)

3. Unterrichtsinhalte

3.1 Vorstufe

Für den Gemeinschaftskundeunterricht der Vorstufe sind die beiden folgenden Themen verbindlich:¹⁾

1. Halbjahr: Einführung in die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland
2. Halbjahr: Die Deutsche Frage

Im ersten Halbjahr der Klasse 11 werden die Schüler in Grundfragen der Wirtschaft eingeführt. Sie lernen Merkmale der sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland sowie konjunkturelle Bewegungen und Möglichkeiten ihrer Beeinflussung kennen und erwerben damit ein gesamtwirtschaftliches Verständnis, in das sie später einzelne Aufgaben und Probleme der Wirtschaftspolitik einordnen können. An einen umfassenden Vergleich mit anderen Wirtschaftssystemen ist nicht gedacht.

Erforderliche Grundbegriffe und theoretische Modellvorstellungen sollen möglichst im Zusammenhang mit aktuellen bzw. konkreten Ereignissen wie z. B. Tarifkonflikten, Preissteigerungen, Entlassung von Arbeitskräften, Absatzschwierigkeiten, Steuer- und Zinsänderungen erarbeitet werden. Dabei sollte der Lehrer möglichst an den Erfahrungsbereich der Schüler anknüpfen und ihre Rollen im Wirtschaftsprozeß, z. B. als Sparer, Verbraucher, Praktikant, zum Ansatz wählen, um Zusammenhänge aufzudecken. Auf diese Weise wird das Interesse der Schüler an dem erfahrungsgemäß schwer zugänglichen Themenbereich geweckt, eine fachwissenschaftlich-systematische Darbietung des Stoffes vermieden und die grundlegende Bedeutung der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik wie auch der Politik der Globalsteuerung für das Leben des einzelnen und der Gesellschaft eher erkennbar.

1) In Ausnahmefällen, über die die Fachkonferenz entscheidet, kann von der vorgesehenen Reihenfolge abgewichen werden.

Für die Schüler des Fachgymnasiums ist das Thema "Die Deutsche Frage" verbindlich. Darüberhinaus legt die Fachkonferenz Unterrichtsinhalte im Vorgriff auf die Kursstufe aus dem Lernfeld I fest.

Soweit im Gemeinschaftskundeunterricht der Klasse 11 ein Betriebspraktikum vorbereitet und ausgewertet wird, sollte auf Berührungspunkte zur zentralen Thematik des ersten Halbjahres geachtet werden. Andererseits kann der Schüler nur in sehr begrenztem Maße am einzelnen Betrieb volkswirtschaftliche Zusammenhänge erschließen. Der größere Teil seiner dort gesammelten Erfahrungen wird sich auf betriebliche und sozialpolitische Fragen richten. Ihrer Erörterung ist eine angemessene Zeit einzuräumen; sie darf allerdings nicht ausufern und die Beschäftigung mit der vorgeschriebenen Halbjahrsthematik allzu stark verkürzen oder sogar verhindern.

Verbindliche Inhalte zum Thema: Einführung in die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland

- wirtschaftliche Grundbegriffe: Bedürfnisse, Bedarf, Knapp¹heit², Nachfrage, Produktionsfaktoren, Angebot, ökonomisches Prinzip, Markt, Geld, Arbeitsteilung, Zielsetzungen der Wirtschaftssubjekte
- Güter- und Geldströme im Wirtschaftskreislauf
- Entstehung, Verwendung und Verteilung des Bruttosozialprodukts
- wirtschaftspolitische Ziele, Zielkonflikte
- Träger wirtschaftspolitischer Entscheidungen
- marktwirtschaftliche Ordnung: Wettbewerbsprinzip, Offenheit des Marktes, Privateigentum, dezentrale Verfügung über Produktionsfaktoren, Vertragsfreiheit, Wettbewerbsverzerrungen und staatliche Ordnungspolitik
- Globalsteuerung: Instrumente und Wirkungsweisen der Finanzpolitik, die Geldpolitik der autonomen Bundesbank
- der Einfluß der autonomen Tarifvertragsparteien auf die wirtschaftliche Entwicklung

Für das zweite Halbjahr der Klasse 11 ist das Thema 'Die Deutsche Frage' verbindlich.

Dieses Thema trägt dem Auftrag des Grundgesetzes Rechnung, das Bewußtsein von der deutschen Einheit und den Willen zur Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit zu stärken. Ziel des Unterrichts ist es, Andersartiges und Gemeinsames in den beiden deutschen Staaten zu verstehen, Desinteresse zu überwinden und Zusammengehörigkeit lebendig werden zu lassen.

Da der Sozialkundeunterricht in den Klassen 9 und 10 ausgewählte Grundkenntnisse über die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland vermittelt hat und der Gemeinschaftskundeunterricht im ersten Halbjahr der Vorstufe in Grundfragen unserer Wirtschaftsordnung und -politik eingeführt hat, sind - vor allem im Hinblick auf die begrenzte Stundenzahl - im Rahmen des Themas 'Die Deutsche Frage' zunächst die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR und die Beziehungen zwischen den deutschen Staaten Unterrichtsgegenstand. Bei der Beurteilung der Verhältnisse in der DDR ergibt sich leicht die Gefahr der Schwarz-Weiß-Malerei, die dem Ziel des Unterrichts widersprechen würde, weil sie Vorurteile bestärkt und die Bereitschaft zur Begegnung mindert. Daher sollten bei der Bewertung das Selbstverständnis des sozialistischen Staates sowie die Einstellungen und Erwartungen der Bevölkerung in der DDR berücksichtigt werden.

Ferner ist es notwendig, die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu behandeln. Hierzu gehören die vertraglichen Regelungen, die staatlichen und wirtschaftlichen Kontakte und die Begegnung der Menschen ebenso wie die unterschiedlichen Auffassungen von der deutschen Nation und die Abgrenzungsversuche der DDR. In diesem Zusammenhang ist auch der Rechtsstatus von Berlin zu erarbeiten.

Der Gemeinschaftskundeunterricht in Klasse 11 baut auf den in Klasse 10 vermittelten Geschichtskennntnissen auf.

Insofern wird vorausgesetzt, daß die Schüler mit der Entwicklung der deutschen Teilung vertraut sind. Falls erforderlich, werden die wichtigsten Phasen der Nachkriegsentwicklung wiederholend angesprochen. Im übrigen soll die Betrachtung der deutschen Frage nicht vorwiegend historisch sein, sondern sich auf gegenwärtige Erscheinungen und Entwicklungsperspektiven konzentrieren.

Es ist zweckmäßig, Ausschnitte der Lebenswirklichkeit in der DDR - ggf. im Vergleich zur Bundesrepublik - zu betrachten, die anschaulich sind, das Interesse der Schüler ansprechen und grundlegende Einblicke in das gesellschaftliche und politische System zulassen. Auf seine ideologischen Grundlagen soll nur in beschränktem Maße eingegangen werden (z. B. Prinzip der Parteilichkeit, Demokratiebegriff, gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln und sozialistisches Kollektiv); eine geschlossene Darbietung der marxistischen Theorie ist in der Vorstufe weder notwendig noch sinnvoll. Mit diesem Vorgehen wird ein globaler, schematischer und häufig zu abstrakter Systemvergleich vermieden.

Eine wesentliche Ergänzung und Unterstützung der unterrichtlichen Arbeit zum Thema der deutschen Frage können Schulfahrten an die innerdeutsche Grenze, nach Berlin und in die DDR sein.

Verbindliche Inhalte zum Thema: Die Deutsche Frage

- politische Ordnung in der DDR: Rolle und Aufbau der SED, Staatsaufbau und Willensbildung einschl. Wahlen, Massenorganisationen, Medien, Menschenrechte
- Nationale Volksarmee: Auftrag im Rahmen des Warschauer Paktes, Wehrpflicht und Kriegsdienstverweigerung
- planwirtschaftliche Ordnung: Organisation von landwirtschaftlicher und gewerblicher Produktion, Konsum
- Lebensverhältnisse in der DDR: z. B. Wohnen, Schule und Erziehung, Berufswahl und Arbeitsplatz, soziale Sicherung, Freizeit, Kirchen

- Beziehungen zwischen den deutschen Staaten: Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes, Grundlagenvertrag, Folgeverträge, wirtschaftliche Beziehungen, Besucher-verkehr, Abgrenzungspolitik der DDR, Zusammengehörigkeitsbewußtsein
- Status von Berlin

Die Inhaltsvorgaben für das erste und zweite Halbjahr sind nicht notwendig in der angegebenen Reihenfolge zu erarbeiten.

3.2 Kurstufe

In der Kursstufe werden Unterrichtsinhalte aus fünf Lernfeldern angeboten:

- Lernfeld I: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland
II: Gesellschaft
III: Wirtschaft
IV: Marxistische Herrschaftssysteme ^{- leninistische}
V: Internationale Beziehungen.

zu den einzelnen Lernfeldern
Die inhaltlichen Vorgaben umschreiben Schwerpunkte, die für die politische Grundbildung der Heranwachsenden bedeutsam sind. Es handelt sich einerseits um Gegenstände der Politik, zum anderen um Begriffe und Theorien zur Erklärung und Deutung von Politik. Theoretische Kenntnisse sollen nicht Selbstzweck sein, sondern der Erschließung der Gegenstände dienen und in der Regel mit ihnen erarbeitet werden.

Für Schüler, die Gemeinschaftskunde als Prüfungsfach gewählt haben, gelten folgende Auflagen:

- Jeder Halbjahreskurs muß einen deutlichen Schwerpunkt in einem Lernfeld haben. Das bedeutet, daß aus dem Lernfeld mindestens zwei bis drei ^{des} durch arabische Zif-

fern gekennzeichnete inhaltliche Bereiche bearbeitet und ggf. weitere berücksichtigt werden. Hierbei sind nicht notwendig alle aufgeführten Unterpunkte zu behandeln; es ist gleichwohl darauf zu achten, daß **die** thematische Breite gewahrt bleibt.

Ein Kursthema kann neben dem Lernfeldschwerpunkt Unterrichtsinhalte aus anderen Lernfeldern aufnehmen (vgl. die im Anhang aufgeführten Beispiele für Kursangebote).

In einer Kursfolge (4 Kurshalbjahre) sind vier der insgesamt fünf Lernfelder zu bearbeiten.

Das Lernfeld I ist als Kursschwerpunkt verbindlich.

Schüler, die Gemeinschaftskunde nicht als Prüfungsfach gewählt haben, sind verpflichtet, einen Kurs mit Schwerpunkt im Lernfeld I zu belegen, **sofern sie ihrer Belegungsverpflichtung in Gemeinschaftskunde nicht gemäß § 14 (7) der Verordnung über die gymnasiale Oberstufe vom 12.3.1981 nachkommen .**

Die aufgeführten Inhalte gelten sowohl für Grundkurse als auch für Leistungskurse. Es ist Aufgabe des Lehrers, diesen beiden Kurstypen entsprechend die inhaltliche Breite festzulegen.

Lernfeld I:

Das politische System der Bundesrepublik Deutschland

An Politik sind die Wähler, die Verfassungsorgane, gesellschaftliche Institutionen und Gruppen beteiligt. Im Prozeß der politischen Willensbildung und Entscheidungen stehen sie in einem Zusammenhang von Kompetenzen, gegenseitigen Abhängigkeiten und Einflußnahmen, den der Begriff "politisches System" kennzeichnet.

Im Rahmen des Lernfeldes I soll das politische System der Bundesrepublik Deutschland in den grundlegenden Verfassungsstrukturen und Willensbildungsprozessen erarbeitet werden. Der Gemeinschaftskundeunterricht führt bei dieser Thematik durch vertiefende Betrachtung und Erschließung von Zusammenhängen über das im Sekundarbereich I vornehmlich im Fach Sozialkunde erworbene Wissen zum Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland hinaus.

Er vermittelt gründliche Kenntnisse über die Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland als den rechtlichen Rahmen, in dem sich politisches Handeln und Entscheiden im staatlichen wie im vorstaatlichen Bereich vollzieht. Hierzu gehören Kenntnisse über die Prinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung, die Verteilung der staatlichen Aufgaben und Zuständigkeiten auf die Verfassungsorgane, die Art und Weise staatlicher Machtausübung sowie über Rechte, Pflichten und politische Einflußmöglichkeiten des Bürgers.

Der Schüler soll sich mit den Grundgedanken demokratischer Repräsentation und Partizipation und ihrer Ausgestaltung im Grundgesetz auseinandersetzen. Er soll ferner erkennen, was Rechts- und Sozialstaatlichkeit bedeutet und wie der soziale Rechtsstaat in der Bundesrepublik Deutschland verwirklicht ist. Ebenso soll er das Prinzip der Bundesstaatlichkeit und ihren Sinn verstehen.

Bei der Beurteilung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland hat die Frage nach der Freiheit des Bürgers besonderen Rang. Freiheit wird für ihn durch Schutz vor staatlichen und nichtstaatlichen Übergriffen gewährleistet, ferner durch politische Kontroll- und Beteiligungsrechte. Darüberhinaus können gesetzliche Regelungen, die die Autonomie von einzelnen Bürgern, Gruppen und Institutionen stärken (hierzu zählen auch staatliche Sozialleistungen), als freiheitsstiftend angesehen werden. Mit der Freiheitsgarantie ist notwendig eine Begrenzung der Freiheit verbunden gemäß dem naturrechtlichen Grundsatz, daß die Freiheit des einen mit der Freiheit eines jeden anderen gemeinsam bestehen muß. Diese Grenzziehung ist ein politisches Problem, das in allen Teilbereichen der politischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland anzutreffen ist und im Unterricht erörtert werden muß.

Ein weiterer Schwerpunkt der Beurteilung muß die Frage sein, in welchem Maße das politische System seine Funktionen erfüllt: Es muß seine Aufgaben effizient verwirklichen (innere Ordnung sichern, äußere Sicherheit gewährleisten, Dienstleistungen erbringen, sozialen Ausgleich stiften, Entscheidungen für die Zukunft herbeiführen); es muß stabil und in berechenbaren Grenzen wandlungsfähig sein und Loyalität der Bürger hervorbringen.

Die Einschätzung der politischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland in ihrem Wert für den Bürger gewinnt durch den Vergleich mit verwandten, vor allem aber mit grundlegend anderen Ordnungen sowie durch historischen Vergleich an Weitblick und Sachlichkeit. Des weiteren sollen auch Reformvorschläge erörtert werden, die sich auf Teile des politischen Systems beziehen (z. B. Parlament, Wahlsystem, Volksbefragung, Parteien, Medien); an ihnen lassen sich Streitfragen und politisch motivierte Neubewertungen zu einzelnen Aspekten unserer Ordnung erfassen.

Staatliche Organe, Institutionen und Willensbildungsprozesse sollen möglichst wirklichkeitsnah und anschaulich dargeboten und analysiert werden. Fachliche Fragestellungen und Aussagen, die auf sie anzuwenden sind, dienen der Erhellung der politischen Verhältnisse für den jungen Staatsbürger; sie dienen nicht fachwissenschaftlichen Interessen.

Inhalte zum Lernfeld I:

A. Inhaltliche Bereiche:

1. Grund- und Menschenrechte

- führe theoretische Begründung und ihre historische Entwicklung
- ihre Bedeutung für die Staatsgewalt (unmittelbar geltendes Recht, Bindung von Gesetzgebung, vollziehender Gewalt und Rechtsprechung an Grundrechte)
- Arten der Grundrechte: Abwehrrechte, Teilhaberechte
- ihre Interpretation durch das Bundesverfassungsgericht
- Spannungsverhältnisse zwischen einzelnen Grundrechten
- zulässige Einschränkung von Grundrechten durch die Notstandsverfassung und durch allgemeine Gesetze auf der Grundlage des Gesetzesvorbehalts
- Datenschutz nach Maßgabe der Grundrechte

2. Rechtsordnung und Rechtsprechung

- Merkmale des */demokratischen* Rechtsstaates (Gewährung von Grundrechten, Gewaltenteilung, Bindung der staatlichen Organe an die Verfassung, Gesetzmäßigkeit der Regierung, Verwaltung und Rechtsprechung, Unabhängigkeit der Richter, Rechtsweggarantie), seine Idee und seine Bedeutung

- Setzung und Weiterentwicklung von Rechtsnormen durch parlamentarische Entscheidungen (sog. Demokratiegebot)
- das Bundesverfassungsgericht: Aufgaben, Verfahren, Zusammensetzung, Berufung der Richter
- Organe der Rechtspflege und Instanzen der verschiedenen Gerichtsbarkeiten
- Rechtsweggarantie (Art 19^{IV} GG)
- Prozeß: Verfahren, Dauer, Kosten
- Prinzipien und Handhabung des Strafvollzugs
- besondere Gesichtspunkte des Jugendrechts

3. Organisation der politischen Beteiligung

a. Parteien:

- ihr geschichtlicher Hintergrund
- die Bedeutung des Parteienpluralismus und das Problem der Chancengleichheit politischer Parteien
- politische Funktionen der Parteien
- Parteiprogramme und ihr Wandel
- Organisation von Parteien und innerparteiliche Willensbildung (Parteiengesetz)
- Parteienfinanzierung

b. Verbände:

- Unterschiede zwischen Parteien und Verbänden
- Arten von Verbänden
- Funktionen der Verbände (Integration, Artikulation, Information)
- Adressaten der Verbandspolitik
- Mittel und Wege der Verbandspolitik, Einflußnahme der Verbände - ggf. der Kirchen - auf Politik und Regierung
- rechtliche Grundlagen ihres Einflusses
- ihr Organisationsgrad
- innerverbandliche Willensbildung

- Faktoren des politischen Einflusses von Verbänden (Finanzkraft, Mitgliederzahl, Ansehen, Marktstellung etc.)
- nichtorganisierte Interessen
- **Kirchen: ihre Einflußnahme auf politische Entscheidungen**

c. Wahlen:

- Wahlrecht (einschließlich der Unterschiede im Wahlrecht bei Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen)
- Kandidatenaufstellung
- Formen des Wahlkampfes
- Finanzierung des Wahlkampfes
- Fünf-Prozent-Klausel, **historischer Hintergrund**
- Reformvorschläge zum Wahlrecht
- **Besonderheiten des kommunalen Wahlrechts**

d. Bürgerbewegungen:

- Entstehung und zeitgeschichtlicher Hintergrund
- Kritik am Parteien- und Verbändestaat (d.h. an dem Prinzip der Repräsentation, an der Tendenz zur Oligarchisierung)
- Legalität und Legitimität von Bürgerbewegungen
- Anliegen und Aktionsbereiche von Bürgerinitiativen
- partikulare Interessen und Gemeinwohl
- Organisationsprobleme (unmittelbare Beteiligung, Rotationsprinzip, Spontaneität, imperatives Mandat)
- Formen der politischen Einflußnahme von Bürgerbewegungen

4. Struktur des Regierungssystems und Willensbildung in den Verfassungsorganen

- **Partizipation**
- Volkssouveränität, **demokratische Repräsentation** und
- Föderalismus (Bundesstaat versus Zentralstaat und Staatenbund, historische Hintergründe für die Ausprägung des Bundesstaates, Machtverteilung und Pflege regionaler Besonderheiten als Rechtfertigung des Föderalismus, Unveränderbarkeit der verfassungsrechtlichen Stellung der

- Länder (Art. 73 Abs. 3 GG), Abgrenzung der Aufgaben und Aufteilung der Gesetzgebung zwischen Bund und Ländern, Verfahren der politischen Einflußnahme der Länder auf die Bundesrepublik
- Gewaltenteilung und -verschränkung (insbesondere zwischen Regierung und Mehrheitsfraktion)
 - Aufgaben und Zusammenwirken der Verfassungsorgane (Deutscher Bundestag, Bundesrat, Bundesregierung, Bundespräsident)
 - Stellung des Abgeordneten (freies versus imperatives Mandat, Fraktionsdisziplin, Gremien, in denen der Abgeordnete seine Aktivitäten entfaltet, Immunität, Diäten)
 - verfassungsrechtliche Stellung des Bundeskanzlers (Kanzlerdemokratie, Richtlinienkompetenz) und Stellung des Bundesminister
 - Aufgaben und Einflußnahme der Opposition
 - Stellung des Bundespräsidenten (Wahl, politischer Einfluß, Aufgaben und Rechte im Gesetzgebungsverfahren)
 - Schutz der Verfassung (Prinzip der wehrhaften Demokratie, Verfassungsschutz - seine Befugnisse und seine parlamentarische Kontrolle)

5. Verwaltung

- Aufgaben und Stellung der Verwaltung gegenüber Parlament und Regierung (Vollzug von Gesetzen, Verordnungen etc.)
- Verwaltungsbereiche
- Effizienz und Kosten der Verwaltung
- Verwaltung als Arbeitgeber
- Kontrolle der Verwaltung (Instanzen, Rechnungshof, Verwaltungsgerichte)
- Berufsbeamtentum (Hoheitsbefugnisse, Neutralität der Amtsführung, Streikverbot); Extremisten und öffentlicher Dienst
- Bürokratisierung - Merkmale, Ursachen und Reformansätze
- Bürgernähe
- Umgang mit Daten

6. Medien

- verfassungsrechtliche Stellung der Medien: Informations- und Meinungsfreiheit und ihre gesetzliche Begrenzung
- Funktion von Presse und Rundfunk als sog. Vierte Gewalt
- Pressekonzentration: Entwicklung seit 1945; Gründe: Einschränkung und Gefährdung der Informationsfreiheit; Eingriffsmöglichkeiten des Staates (Bundeskartellamt, Bundesminister für Wirtschaft) bei der Fusionskontrolle; Gliederung der Presse-landschaft
- öffentlich-rechtliche Organisation von Rundfunk und Fernsehen: Gründe, Strukturen
- politische Einflußnahme auf Funk und Fernsehen
- Prinzipien der Programmgestaltung bei Funk und Fernsehen
- Medienwirkung, Sozialisationseffekte
- innere Pressefreiheit; Tendenzschutz bei Zeitungen; Freiraum des Journalisten in Presse und Funk
- Ansätze einer privatwirtschaftlichen Organisation von Funk und Fernsehen; Erfahrungen des Auslands
- wirtschaftliche Lage der Presse und technischer Fortschritt
- Entwicklung, Chancen und Gefahren der "Fernseh-gesellschaft"

B. Theorien

- Politikbegriffe
- Naturrechtslehre
- Lehre der Gewaltenteilung
- Demokratiebegriffe und Demokratietheorien: Repräsentative Demokratie, Parteienstaatliche Demokratie, direkte Demokratie
- Regierungssysteme: Parlamentarisches System, Präsidialsystem
- Theorie des Pluralismus
- Funktionen des Parlaments
- Lehren von den politischen Parteien
- Theorien der Interessengruppen

Lernfeld II: Gesellschaft

Gegenstand dieses Lernfeldes sind vornehmlich die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland.

Der vorausgegangene Unterricht in Sozialkunde hat die Schüler bereits mit einzelnen sozialen Bereichen und Zusammenhängen vertraut gemacht. Der Gemeinschaftskundeunterricht hat weitere Orientierungen in größeren Zusammenhängen zu vermitteln. Vergleiche mit dem Ausland sowie Rückgriffe auf geschichtliche Entwicklungen sind geeignet, das Verständnis der gesellschaftlichen Gegebenheiten und Aufgaben in der Bundesrepublik Deutschland zu erweitern und zu vertiefen.

In diesem Lernfeld sollen die Schüler erfassen, daß der Bereich des privaten und vorpolitischen sozialen Handelns in der Bundesrepublik Deutschland, durch das Grundgesetz geschützt, dem direkten Eingreifen des Staates weitgehend entzogen ist. Das gilt für individuelle Verhaltensweisen, die häufig als unpolitisch angesehen werden, ebenso wie für Meinungsäußerungen und Handlungsweisen, die durch Gruppenzugehörigkeit geprägt sind und ausdrücklich in den politischen Bereich hineinwirken wollen. Wenngleich die Privatsphäre von der Politik frei bleibt, setzt diese doch die Rahmenbedingungen und beeinflußt somit indirekt den Freiheitspielraum und die soziale Sicherheit der Bürger.

Die Gemeinschaftskunde hat ebenso die sozialen Verhältnisse wie die sozialpolitischen Positionen, Aufgaben und Entscheidungen zum Gegenstand.

Es gibt in diesem Lernfeld besonders günstige Ansätze, um den Bürgersinn der Jugendlichen anzusprechen. Es sollte nicht jede Lösung eines gesellschaftlichen Problems der offiziellen Politik überlassen bleiben. Die Anforderung an den einzelnen, selbst Lösungen beizutragen, kann bewußt werden, wenn beispielsweise die Situa-

tion von Ausländern, von Alten, Behinderten **diskutiert** wird oder die Belastungen unseres Krankenversicherungssystems erörtert werden.

Gerade im Bereich soziologischer Betrachtungsweise ergibt sich die Gefahr des unverbindlichen Theoretisierens. Theoretische Ansätze und Erklärungsmodelle dürfen im Unterricht nicht zum Selbstzweck werden; sie sollen helfen, erkannte Probleme besser zu analysieren.)

Sie müssen — behutsam und in altersgemäßer Form eingeführt werden. **Vor allem ist die Verwendung übersetzbarer Fachbegriffe zu vermeiden.**

Die Auswahl der inhaltlichen Bereiche und Einzelaspekte ist lückenhaft und fordert zu eigener Schwerpunktsetzung und Ergänzung auf, bei der das Vorwissen, die Erfahrungen und Wünsche der Schüler Berücksichtigung finden sollten.

Inhalte zum Lernfeld II:

A. Inhaltliche Bereiche

1. Sozialisation

- familiäre Sozialisation: elterliches Sorgerecht, Erziehungsverhalten, milieubedingte Unterschiede, Eingriffsmöglichkeiten des Staates, alternative Erziehungshilfen
- Sozialisation in ^{soz.} Peer groups: neue geistige und soziale Orientierung, soziale Kontrolle, Subkultur, Konformitätsdruck als Gefahr, jugendliche Leitbilder
- Bildung und Ausbildung: Allgemeinbildung und Berufsorientierung als Spannungsverhältnisse, Schulsystem und Selektion, Chancengleichheit, Ausbildung und Berufsaussichten, freie Berufswahl, freie Wahl der Ausbildung und des Arbeitsplatzes mit ihren Risiken im **Gegensatz zu** zu staatlichen Reglementierungen

- politische Sozialisation: Skepsis gegenüber den herkömmlichen Parteien, Entstehung und Verfestigung von Einstellungen, Mitgliedschaft in Jugendorganisationen, Extremismus

2. Soziale Gliederung der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland

- Bevölkerungsstruktur: Alterspyramide, regionale Verteilung, Verhältnis von Stadt und Land
- soziale Schichtung: Kriterien, Modelle der Erklärung, historischer Wandel, Auftrag des Sozialstaates und Ungleichheit der Lebensverhältnisse
- wirtschaftliche Gliederung der Bevölkerung: sektorale Gliederung, historischer Wandel, Gliederung nach Berufsfeldern
- soziale Mobilität: technischer Wandel, Bildung, Beruf und Einkommen als Faktoren von Mobilität, Intragenerationen- und Intergenerationenmobilität, Karrieren und ihre Voraussetzungen, Abstiegswegen, Berechtigungswesen, soziale Chancengleichheit und Offenheit der Gesellschaft, beruflicher Wandel (horizontale Mobilität), lebenslanges Lernen, Bedeutung einer breiten Bildung
- **sozialer Wandel: ökonomisch-technische Entwicklung, Klassengesellschaft und gegenwärtige Schichtung**

3. Sozialstaatlichkeit und soziale Sicherung

- Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes
- wichtige Bereiche und Systeme staatlicher Sozialpolitik: Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Sozialhilfe, Ausbildungsförderung, Kindergeld
- Kosten und Grenzen des Sozialstaates
- Spannungsverhältnis zwischen sozialstaatlicher Obhut und individueller Leistungsbereitschaft

4. Rolle der Frau

- Leitbilder in der Erziehung
- Doppelbelastung der Frau in Familie und Beruf
und **Vorschläge zur Lösung dieses Problems**

- Situation der geschiedenen Frau: Scheidungsrecht in der Bundesrepublik Deutschland, Alleinerziehung, Altersversorgung
- Rolle der Frau im Berufsleben: typische Frauenberufe, Aufstiegsmöglichkeiten, Aspekte der beruflichen Benachteiligung der Frau, Gründe dafür und politische Lösungsansätze
- die soziale Stellung der alleinstehenden Frau

5. Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland

- Ursachen der Einwanderung ausländischer Arbeitnehmer
- Rechtsstellung der Ausländer in der Bundesrepublik
- volkswirtschaftliche Leistung der ausländischen Arbeitnehmer
- nationale und soziale Barrieren und Vorurteilsbildung
- Integration, Assimilation, Rückwanderung, Ghetto-bildung

6. Drogen

- Arten: weiche - harte - legale - illegale
- Ausmaß und Wirkungen des Konsums
- Gründe und Motive für den Konsum: kindliche Sozialisation, Neugier, Probierhaltung, Gruppenzwänge, Persönlichkeitsstruktur, Zugänglichkeit
- Folgen: physisch, psychisch, sozial: Folge-Kriminalität, volkswirtschaftliche Kosten
- Maßnahmen gegen Drogenmißbrauch: rechtliche Regelung, Therapien

B. Theorien

- Theorien der Persönlichkeitsentwicklung (z. B. psychoanalytische Grundbegriffe)
- Theorie der sozialen Rolle
- Modelle zur Erklärung der Entstehung von Vorurteilen

- Klassenbegriff und Schichtungsmodelle
- Erklärungsmodelle für Phasen und Entwicklungen des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und technischen Wandels
- sozialwissenschaftliche Erhebungsmethoden: Statistik, Interview, anonyme Befragung, Einzelfallanalyse, Konstruktion von Idealtypen, teilnehmende Beobachtung usw.

Lernfeld III: Wirtschaft

Der Unterricht in der Kursstufe zum Lernfeld "Wirtschaft" setzt die in der Vorstufe begonnene Einführung fort.

Er erschließt wesentliche Teilbereiche der inneren Wirtschaftspolitik unter Berücksichtigung der mit ihnen verbundenen gesellschaftspolitischen und umweltpolitischen Probleme und **behandelt** Grundfragen der Weltwirtschaft und der Außenhandelspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Alle ökonomischen Sachverhalte und Probleme, die sich aus der Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der Europäischen Gemeinschaft ergeben, sind nicht dem Lernfeld "Wirtschaft", sondern dem Lernfeld "Internationale Beziehungen" zugeordnet; sie lassen sich im Einzelfall besonders sinnvoll auch lernfeldübergreifend im Unterricht behandeln.

Gegenüber der Vorstufe sollen kontroverse Konzeptionen und Vorschläge zur Lösung wirtschaftspolitischer Probleme ebenso wie Vergleiche mit anderen Wirtschaftsordnungen in den Unterricht einbezogen werden. Über Kenntnisaufnahme und Verstehen hinaus soll der Unterricht verstärkt zur Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Auffassungen führen. Soweit auf Kenntnisse aus der Vorstufe Bezug genommen werden muß, sind Gelegenheiten zur Festigung des früheren Lernstoffes zu nutzen.

Im übrigen gelten für den Unterricht zum Lernfeld "Wirtschaft" die gleichen Grundsätze wie für den Wirtschaftsunterricht der Vorstufe. Er darf nicht einem fachsystematischen Ansatz verhaftet sein; sein Gegenstand sind vielmehr zentrale wirtschaftspolitische Probleme, die für den Bürger jetzt und in Zukunft besondere Bedeutung haben und die seine Stellungnahme herausfordern. Sie sind, soweit möglich, an aktuellen Streitfragen realer Politik zu erarbeiten.

Da es sich im Unterricht zum Lernfeld "Wirtschaft" ebenso wie in der Vorstufe um eine Einführung in Wirtschaftspolitik handelt, ist darauf zu achten, daß sehr spezielle Betrachtungen vermieden werden.

Inhalte zum Lernfeld III:

A. Inhaltliche Bereiche

1. Tarifautonomie: Tarifverhandlungen und Tarifvertrag

- Aufbau und Gliederung der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände
- Vereinigungsfreiheit und Vertragshoheit
- Regelungen für die Durchführung der Verhandlungen
- Streikrecht und **Recht auf Aussperrung**
- Interessenvertretung und gesamtwirtschaftlicher Zusammenhang
- Geschichte der Gewerkschaftsbewegung und der Arbeitgeberverbände
- Verhalten von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich mit anderen Staaten (Großbritannien, USA)
- Rolle der Gewerkschaften in sozialistischen Ländern

2. Mitbestimmung in der Wirtschaft

- Betriebsverfassungsgesetz
- Mitbestimmung in der Montanindustrie
- Auffassungen und Forderungen der Tarifvertragsparteien und der Parteien zur Mitbestimmung
- Paritätische Mitbestimmung
- Spannungsverhältnis zwischen Mitbestimmung und Eigentum an den Produktionsmitteln, Rechtsprechung in dieser Frage
- Spannungsverhältnis von Mitbestimmung und ökonomischer Effektivität

3. Vermögenspolitik

- Eigentumsgarantie und Sozialbindung des Eigentums nach Art. 14 und 15 GG
- Verteilung der Einkommen, des Eigentums und des Produktivvermögens in der Bundesrepublik Deutschland
- Grundsätze und Ziele der Vermögensbildungs- und Verteilungspolitik (**Programme** von Parteien und Verbänden)
- Vorschläge zur Vermögensbildung
- Chancen und Erfolge der Verteilungspolitik

4. Markt und Ordnungspolitik

- Güter- und Dienstleistungsmärkte
- Preismechanismus des Marktes
- Wettbewerb als Lenkungsinstrument
- Formen der **Konzentration**
- Wettbewerbspolitik: Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb und Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen } - Außenwirtschaftspolitik
- Rolle des Staates als Nachfrager bzw. Anbieter
- Subventionen und Protektionismus

5. Stabilitäts- und Wachstumspolitik

- Stabilitätsforderung und konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland
- Wachstumspolitik: Ziele (Wohlstand, Beschäftigung, Bildung, soziale Sicherheit, sozialer Ausgleich, Entwicklungshilfe etc.), staatliche Wachstumspolitik, Modelle für Wirtschaftswachstum, kontroverse Diskussion um Wirtschaftswachstum (Ausmaß des Wachstums, globales oder sektorales Wachstum, Umweltbelastung, Ressourcen)
- Beschäftigungspolitik: Einflüsse der Rationalisierung, der Lohnpolitik und des Arbeitsrechts auf die Beschäftigung, Arbeitsvermittlung und Umschulung, Modelle zur Verteilung der vorhandenen Arbeit, staatliche Förderungsmaßnahmen
- Geldwertstabilität: Inflation, Stagflation, Deflation; Ursachen der Inflation; wirtschaftliche und soziale Schäden durch Inflation; Zusammenhang von Geldwert und Beschäftigung/Wachstum; Haushalts-, Finanz- und Geldpolitik zur Beeinflussung der Geldwertstabilität
- Effektivität der Globalsteuerung
- Strukturpolitik: Strukturwandel als Voraussetzung und Folge von Wachstum; Ziele und Zielkonflikte staatlicher Strukturpolitik (Förderung der Anpassungsfähigkeit bzw. der Erhaltung von Unternehmen, Förderung von risikoreicher, zukunftsweisender Technologie, Vermeiden sozialer Härten, Energieersparnis, Umweltschutz etc.), Mittel staatlicher Strukturpolitik (Finanzhilfen, Steuererleichterungen, Handelspolitik)
- Möglichkeiten und Grenzen wirtschaftspolitischer Perspektivplanung unter den Bedingungen der Wirtschaftsordnung und der Wahlrhythmen der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland

[Stabilitätsgesetz,

6. Weltwirtschaftliche Verflechtungen und Außenhandelspolitik

- Ziele und Funktionsweise wichtiger weltwirtschaftlicher Organisationen (GATT, IWF, Weltbank)
- Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die EG
- Rohstoffabhängigkeit und Exportorientierung
- Import-/Exportstruktur der Bundesrepublik Deutschland
- Internationale Arbeitsteilung und Haupthandelspartner
- Außenhandelsbilanz (terms of trade)
- Leistungsbilanz
- Devisenbilanz
- Wechselkursregelungen (Blockfloating, Wechselkursänderungen, Bedeutung des Dollars)
- Staatliche Ausfuhrbürgschaften (Hermes)
- Embargo und Ausfuhrlisten (Cocom)
- Liberalisierung des Welthandels versus Protektionismus
- Zölle und nichttarif^{bedingte} Handelshemmnisse
- Internationale Rohstoffkartelle
- Rolle der multinationalen Unternehmen
- Internationale Absprachen/Wirtschaftsgipfel

7. Energiepolitik

- Energie- und Rohstoffreserven (Quantifizierungsversuche, insbesondere bezogen auf die Bundesrepublik Deutschland)
- Entwicklung des Verbrauchs
- Herkunftsländer und politische Krisen
- wirtschaftliche Abhängigkeit als Faktor der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland
- Substituierung von Rohstoffen und Energie
- Diversifikation
- Recycling
- Bevorratung
- wirtschaftliche und politische Aspekte der Nutzung der Atomenergie

- Umweltbelastungen
- Entwicklungen zur Nutzung alternativer Energien

3. Umweltpolitik

- Arten und Ausmaß der Umweltbelastung
- Ursachen der Umweltbelastung (Bevölkerungswachstum, Industrialisierung, Verstädterung, steigender Lebensstandard)
- Belastbarkeit der Umwelt (Grenzwerte)
- Kosten des Umweltschutzes versus Wirtschaftlichkeit und Anforderungen an das Sozialprodukt
- Zielkonflikte zwischen Produktion und Beschäftigung einerseits und sauberer Umwelt andererseits

B. Theorien

- der Ordoliberalismus und das Konzept der sozialen Marktwirtschaft
- der Fiskalismus in der Nachfolge von Keynes
- der Monetarismus
- die Theorie des demokratischen Sozialismus
- Wachstumsmodelle
- Umverteilungsmodelle und -strategien
- Vermögensbildungsmodelle

Lernfeld IV: Marxistisch-leninistische Herrschaftssysteme

Marxistisch-leninistische Herrschaftssysteme sind eine der großen Herausforderungen unserer Gegenwart. Als totalitäre Herrschaftssysteme sind sie das theoretische und praktisch politische Gegenkonzept zu den parlamentarischen Demokratien westlicher Prägung. Dieser Herausforderung muß sich jeder mündige Bürger stellen. Der Gemeinschaftskundeunterricht soll in die Ideologie des Marxismus-Leninismus einführen und die politische

Praxis in den Ländern des sogenannten real existierenden Sozialismus vorstellen.

Wegen der Bedeutung der UdSSR als Weltmacht ist es sinnvoll, sich im wesentlichen auf sie zu konzentrieren wie auch auf die DDR, die als deutscher Teilstaat ein besonderes Interesse beanspruchen kann. Weitere Ausformungen politischer Herrschaft, die sich auf den Marxismus beruft, können vergleichend berücksichtigt werden; es ist aber genau zu prüfen, ob sie von so weittragender Bedeutung sind, daß sie einen Platz im Unterricht erhalten sollen. Das mag für China eher gelten als beispielsweise für Jugoslawien.

Die Schüler erwerben Kenntnisse über Aussagen der marxistisch-leninistischen Ideologie, insbesondere soweit sie für die Erklärung und Begründung der politischen Praxis von Bedeutung sind. Dabei ist u. a. Wert zu legen auf die Erarbeitung von Begriffen, die sich grundlegend von unserem Verständnis unterscheiden. Aus dem Bereich praktischer Politik sind solche Ereignisse, Situationen und Handlungsweisen zu erörtern, die das totalitäre System in seinen Herrschaftsstrukturen, den Auswirkungen auf den Bürger und in seiner Außenpolitik, die auch die Bundesrepublik Deutschland berührt, beispielhaft kennzeichnen.

Anders als in den übrigen Lernfeldern ist im Lernfeld "Marxistisch-leninistische Herrschaftssysteme" der Anteil der Theorie im Unterricht höher. Es stehen grundsätzlich zwei Wege offen, um marxistische Theorie und politische Praxis angemessen im Unterricht zu erarbeiten: Es ist möglich, mit den Lehren von Marx und Lenin zu beginnen und anschließend die Politik in den Ostblockstaaten beispielhaft zu untersuchen; es kann aber auch sinnvoll sein, mit der gegenwärtigen politischen Praxis sozialistischer Staaten zu beginnen, um dann nach den ideolo-

gischen Grundlagen zu fragen. Die Entscheidung über den Weg sollte von den Vorkenntnissen der Schüler und von ihrer [Ansprechbarkeit abhängen. Wie auch immer der Ansatz gewählt wird, die marxistische Theorie sollte nicht bruchstückhaft, sondern so behandelt werden, daß in dem gewählten Ausschnitt ein Zusammenhang deutlich wird.

Die Beurteilung marxistisch-leninistischer Herrschaftssysteme vollzieht sich zunächst im Rahmen einer immanenten Betrachtung, in der die Lehren von Marx und Lenin unter eigenen Ansprüchen reflektiert und die politische Praxis in den sozialistischen Ländern an der Theorie gemessen wird (z. B. unter den Fragen, inwieweit die Ausbeutung beseitigt ist, Interessenidentität zwischen Regierten und Regierenden gegeben ist, inwiefern der Staat immer mehr abstirbt). In jedem Falle sind die Theoreme der Ideologie und die Erscheinungsformen der politischen Praxis auch mit westlichen Wertvorstellungen zu konfrontieren und zu beurteilen. Dabei sollen die Schüler wesentliche Merkmale dieser Systeme erfassen: Die absolut gesetzte Ideologie, die einen Werte- und Meinungspluralismus verbietet; die Unterdrückung jeder Opposition und die Gleichschaltung aller Gruppen; der Anspruch auf Unfehlbarkeit der politischen Führung und die Gleichsetzung des Parteiwillens mit dem Gemeinwohl; die völlige Kontrolle aller Bereiche in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft; die Uminterpretation der Menschenrechte und die Unterdrückung; die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln und die zentrale Planung der Volkswirtschaft; die Monopolisierung aller gesellschaftlicher und staatlicher Macht durch Aufhebung der Gewaltenteilung; das Erziehungsideal des neuen Menschen; die harmonistischen Zukunftsverheißungen; die weltweite Ausdehnung des sozialistischen Systems ~~im Weltmaßstab~~ als als Endstadium der Geschichte.

[des Individuums

Die marxistische Theorie wird im Ostblock wie auch von westlichen Anhängern weiterentwickelt. Diese Veränderungen

wirken auch in die politische Praxis hinein, wie z. B. eurokommunistische Positionen zeigen. Auch nach diesen Veränderungen und nach der prinzipiellen Veränderbarkeit marxistischer Theorie soll im Unterricht gefragt werden. Es ist aber nicht Aufgabe des Unterrichts im Fach Gemeinschaftskunde, die theoretischen Positionen des gegenwärtigen Marxismus in allen Feinheiten darzustellen. Unter diesem Aspekt folgen die nachstehenden Vorschläge dem Prinzip der Konzentration auf das Wesentliche, auf Grundzüge.

Inhalte zum Lernfeld IV:

A. Inhaltliche Bereiche

(an Beispielen aus der neuesten Geschichte bzw. der Gegenwart)

1. Die Rolle der kommunistischen Partei und der Prozeß der politischen Willensbildung:

- demokratischer Zentralismus
- Parteiorganisation und Staatsaufbau
- Wahlen mit Einheitslisten
- Massenorganisationen, Gewerkschaften
- Erkenntnis- und Entscheidungsmonopol der Partei

2. Entscheidungsprozesse in der zentralen Planwirtschaft:

- Fünfjahrespläne
- Ablauf des Planungsprozesses
- Kennziffern
- Preisbildung
- Prämiensystem
- eingeschränkte berufliche Freizügigkeit
- Versorgung
- Verflechtung im Comecon

3. Sicherheitspolitik:

- "bewaffneter Frieden"
- Konzept der Vorwärtsverteidigung

- Kosten der Militärpolitik
- Verträge
- Feindbild
- Wehrkunde
- Wehrdienstverweigerung
- Friedensdiskussion

4. Menschenrechte:

- Existenz von Grundrechten und Grundpflichten in der Verfassung
- Vorrang der gesellschaftlichen Anforderungen vor den Bedürfnissen des einzelnen
- keine Rechte gegen den Staat
- Bürgerrechtsbewegung

B. Theorien und Begriffe

1. Die Gesellschaftslehren von Karl Marx

- Erkenntnistheorie: Materialismus, Dialektik, historische Methode
- ökonomische Lehren (Kapitalismuskritik): Produktionsmittel, Produktivkräfte, Produktionsverhältnisse, Arbeit, Eigentum, Entfremdung, Mehrwert, Akkumulation des Kapitals, Verelendung, Profitrate, Zukunftsperspektive: kommunistische Produktion
- anthropologische und geschichtsphilosophische Vorstellungen: Basis-Überbau, Klassenbegriff, Prinzip des Klassenkampfes, Gesellschaftliche Formationen, Revolutionsbegriff, Diktatur des Proletariats, teleologische Geschichtsauffassung.

2. Leninismus

- Konzept der Kaderpartei
- Bündnisfrage
- Diktatur des Proletariats
- Imperialismusbegriff

- Lehre vom Krieg und Frieden
- Theorie der friedlichen Koexistenz

3. Stalinismus

- Sozialismus in einem Land
- Konzept der Industrialisierung (Vorrang der Schwerindustrie)

4. Maoismus

- Bauern als Träger der Revolution
- Theorie des Guerillakampfes
- Konzept der Kulturrevolution

5. Eurokommunistische Positionen

- der parlamentarische Weg zur Macht

Lernfeld V: Internationale Beziehungen

Inhalte dieses Lernfeldes sind internationale Zusammenschlüsse, in denen die Bundesrepublik Deutschland politische Interessen zur Geltung bringt und Verpflichtungen übernommen hat, ferner die Vereinigten Staaten von Amerika in ihrer Rolle als westliche Führungsmacht, mit der die Bundesrepublik Deutschland weitgehend gemeinsame Interessen hat und auf deren Schutz sie angewiesen ist, sowie weltpolitische Konflikte, die für die Menschen in Deutschland bedrohliche Auswirkungen haben. Es handelt sich um grundlegende Fragen, z. B. wie die Kriegsgefahr in der Welt gebannt, die Lebensbedingungen der Völker der Dritten Welt verbessert und die Interessen der Bundesrepublik Deutschland mit denen ihrer Partner koordiniert werden können.

Es geht um politische Aufgaben, die über einen großen Zeitraum dringlich und aktuell bleiben werden und die trotz langjähriger Bemühungen nicht

(gelöst werden konnten. Der Gemeinschaftskundeunterricht muß daher gerade in diesem Feld einerseits aufkommender Enttäuschung über ausbleibende Erfolge, die allzu leicht in Desinteresse mündet, andererseits überhöhten Wunschvorstellungen, die die Gegebenheiten und Schwierigkeiten der Politik nicht genügend beachten, entgegenwirken. Er muß den ethischen Rang der Probleme ebenso betonen wie die Fähigkeit fördern, moralische Denkweise mit politisch-pragmatischem Kalkül zu verbinden.

Mehr als in anderen Lernfeldern wird im Unterricht zum Lernfeld V nach den historischen Ursachen und den geographischen Bedingungen der politischen Probleme zu fragen sein. Das erfordert eine Abstimmung mit dem Erdkunde- und Geschichtsunterricht in der Oberstufe.

Einige inhaltliche Bereiche - insbesondere 'Dritte Welt' und 'Internationale Krisen' - lassen sich nur an bestimmten regionalen Erscheinungen erschließen. Diese dürfen nicht Einzelfälle bleiben; sie müssen übertragbare Einsichten vermitteln, die sich beispielsweise auf ökonomische Strukturen der Länder der Dritten Welt, auf ihre Einbindung in die Weltwirtschaft, auf Entwicklungskonzepte, auf Bürgerkriegs- und Befreiungsstrategien oder auf Methoden des Krisenmanagements beziehen. Unter dieser Blickrichtung sind die Unterrichtsgegenstände auszuwählen und zu bearbeiten.

Inhalte zum Lernfeld V:

A. Inhaltliche Bereiche

1. Europäische Integrationspolitik (EG)

- die Europabewegung und ihre Motive (vornehmlich nach dem 2. Weltkrieg)
- Mitgliedstaaten der EG - ihre Interessen und ihre Beiträge, sowie Gründe und Folgen der Erweiterung der Gemeinschaft
- die Montanunion (EGKS: Gründung, Ziele, Struktur, politische und wirtschaftliche Bewährung)
- die EWG: Entstehungen und Wirkungen des gemeinsamen Marktes für gewerbliche Güter und Dienstleistungen; Konzeption und Schwierigkeiten des Agrarmarktes
- Pläne zur Währungsunion und Hindernisse bei ihrer Verwirklichung
- die politische Willensbildung im institutionellen Rahmen der EG
- Ausmaß und Folgen der europäischen Rechtsangleichung
- europäische Sozialpolitik
- Regionalpolitik: Aufgaben, Förderungsgebiete, Effektivität
- Außenbeziehungen der EG (USA; Japan; Ostblock; 3. Welt)

2. Nord-Süd-Gefälle und Entwicklungspolitik

- Begriff und Indikatoren der Unterentwicklung
- Klassifizierung (Gruppe der ärmsten Länder, Schwellenländer)
- Ursachen der Unterentwicklung (endogene Ursachen: geographische, politische und soziale; exogene Ursachen: Kolonialismus, Imperialismus, internationale Arbeitsteilung, Struktur der Weltwirtschaft)
- Träger der Entwicklungspolitik (UNO und Neben-

organisationen, Weltbank, Internationaler Währungsfonds, staatliche Institutionen, gesellschaftliche Gruppen, Unternehmen, private Initiativen)

- Ziele der Entwicklungshilfe
- Formen und Strategien der Entwicklungshilfe
- Umfang der Entwicklungshilfe (Anteil am Brutto-sozialprodukt westlicher/östlicher Staaten im Vergleich; Verhältnis von staatlicher Hilfe, wirtschaftlicher Unternehmen und gesellschaftlicher bzw. privaten Initiativen; kirchliche Entwicklungshilfe)
- Effektivität der Entwicklungshilfe
- weltwirtschaftliche Einflüsse und ihre Folgen (Terms of trade, Preisverfall der Rohstoffe, Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton Woods, Wirkung des Opec-Kartells, Schutzzollpolitik der Industrieländer, Wachstumsschwäche der Industriestaaten)
- Entwicklungshilfe und Neokolonialismus
- Blockbildungen unter den Entwicklungsländern
- Entwicklungshilfe angesichts politischer und sozialer Spannungen und Unruhen (bürgerkriege) in der Dritten Welt

3. Friedens- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland

- Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die Nato
- Gründung und Ziele der Nato und des Warschauer Paktes
- Bedrohungsvorstellungen in Ost und West
- Organisation und Willensbildung in den beiden militärischen Bündnissen
- Strategien und Kommandostrukturen der Nato und des Warschauer Paktes
- Rüstungsanstrengungen und militärische Potentiale in Ost und West

- Auftrag der Bundeswehr im Rahmen des Atlantischen Bündnisses
- Verbindung von Entspannung und Verteidigungsfähigkeit als Grundsatz der Sicherheitspolitik der Nato
- Maßnahmen im Zuge der westlichen Entspannungspolitik (Ostverträge, Grundvertrag, Viermächteabkommen über Berlin, KSZE)
- Ziele und Ergebnisse der Abrüstungsverhandlungen (MBFR, SALT I und II, START, Genfer Abrüstungsverhandlungen)

4. Krisen in der Weltpolitik (an einem geeigneten, möglichst aktuellen Fall)

- Bezeichnungen des Konflikts und ihre Begriffsinhalte (politische, wirtschaftliche und militärische Drohungen, Erpressungen, Maßnahmen; z. B. Blockade, Boykott, Einmarsch, Annexion, Subversion, Umsturz, Bürgerkrieg, Krieg zwischen mehreren Staaten)
- Ursachen und Bedingungen der Krise (machtpolitische, ideologische (z. B.: Nationalismus, Rassismus, Imperialismus, Kommunismus, Prävention, religiöser Fanatismus), ökonomische, soziale, psychische)
- Betroffenheit/Verwicklung der Bundesrepublik Deutschland
- Stellungnahme und Beteiligung der Weltmächte
- Einordnung des Konflikts in den Ost-West-Gegensatz (unter Berücksichtigung der Merkmale des Ost-West-Konflikts)
- Stufen möglicher Eskalation
- Krisenmanagement: Mittel und Wege zur Eindämmung bzw. Beilegung der Krise (Rolle der internationalen Organisationen, Diplomatie)

- Maßnahmen zur Vermeidung von Krisen speziell in Europa (militärische Sicherheitspolitik im Rahmen der Bündnisse)
- derzeitige Maßnahmen zur Verringerung von Spannungen im Ost-West-Gegensatz und zu einer dauerhaften Friedenssicherung (Koexistenz und Entspannungspolitik, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Konferenzen und Verträge: SALT, START, MBFR, KSZE, Ostverträge, Grundvertrag Viermächteabkommen über Berlin)

5. Die USA als Weltmacht

- Einflusssphären und Vertragssysteme der USA (Lateinamerika: OAS; Europa: NATO; Südostasien: SEATO; Australien: ANZUS; Afrika, Nahost, Fernost)
- weltpolitische Motive, Interessen und Ziele der USA (evtl. in ihrer Entwicklung seit 1945): Antikommunismus, Sicherheitsinteressen, pax americana, Machtinteressen, Wirtschaftsinteressen
- Weltmachtpolitik und öffentliche Meinung in den USA; Träger: Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Kirchen, Medien, politische Parteien usw. Tendenzen: Isolationismus, Hegemonie, gebändigte Macht (Rücksichtnahme auf Partner und Gegner, traditionelle amerikanische Werte usw.)
- politischer Entscheidungsprozeß (an einem Beispiel): Einfluß von Präsident, Ministern und Beratern, Abgeordneten und Senatoren, gesellschaftlichen Gruppen, Medien
- Mittel und Kosten der Weltmachtpolitik (fallbezogen): Entwicklungshilfe (siehe unter Nr. 2) Rüstungskontrollverhandlungen (s. unter Nr. 3) Krisenmanagement (s. unter Nr. 4)

- Außenwirtschaftspolitik (Wirtschaftshilfe, Kredite, Investitionen, Embargo u. ä. m.)
- politische Druckmittel
- Militärhilfe und Waffenexport (Stützpunkte, Flottenpräsenz, militärische Intervention u.ä.m.)
- die weltwirtschaftliche Verflechtung privater amerikanischer Firmen und ihre Rückwirkung auf die amerikanische Außenpolitik
- Antiamerikanismus: Urteile und Vorurteile über die Amerikaner, Ursachen und Konsequenzen

B. Theorien

- Marktordnungsmodelle
- Wachstumsmodelle
- Entwicklungspolitische Modelle
- Westliche Theorien internationaler Konflikte
- Imperialismustheorie
- Kriegs- und Friedensbegriffe in Ost und West
- Doktrin der friedlichen Koexistenz
- Bürger- und Befreiungskriegsstrategien
- Systeme und Strategien zur Kriegsverhütung und Friedenssicherung
- Verfahren zur Schlichtung internationaler Streitfälle
- sog. alternative Konzeptionen zur Friedenssicherung (soziale Verteidigung, Gewaltfreiheit, Rüstungsverzicht)

4. Der Unterricht in der Vor- und in der Kursstufe

Der Gemeinschaftskundeunterricht der Vorstufe konfrontiert die Schüler im ersten Halbjahr mit einem Thema, zu dem sie in der Regel kein Vorwissen aus dem Sekundarbereich I mitbringen. Im zweiten Halbjahr baut der Unterricht auf Grundkenntnissen auf, die in den Fächern Geschichte, Erdkunde und Sozialkunde vermittelt wurden. Dabei erhalten die Schüler die Möglichkeit, erworbene Kenntnisse zu festigen und Lücken zu schließen.

Die Kategorien der politischen Analyse sind, soweit sie aus dem Geschichtsunterricht, der Erdkunde und der Sozialkunde ~~der Mittelstufe~~ bekannt sind, zu wiederholen, im Zusammenhang vorzustellen und reflektiert anzuwenden.

Der Unterricht in der Vorstufe hat des weiteren die Aufgabe, die Schüler in die Arbeitsweise der ^{gymnasialen} Oberstufe einzuführen. Die Schüler werden vor allem mit der intensiveren Textarbeit vertraut gemacht; dazu gehört, ihnen sinnvolle Schritte der Texterschließung zu erläutern. Daneben brauchen sie Anleitung, um oberstufengemäße Protokolle und Referate anfertigen zu können. Ebenso ist auf präzisen Umgang mit Begriffen Wert zu legen; Abstraktionen dürfen allerdings nicht zu weit getrieben werden. Theorien sind nur ausschnittsweise für Erklärungen heranzuziehen und an Beispielen zu verdeutlichen.

Wichtig ist auch, daß die Schüler punktuell erfahren, wie in Leistungskursen gearbeitet wird. Beispielsweise können sie ein Problem über einige Unterrichtsstunden hin selbständig - unter Einbeziehung von Sekundärliteratur - bearbeiten.

In der Kursstufe wird die Gemeinschaftskunde in Grund- und Leistungskursen unterrichtet. Im Rahmen des Auftrags einer allgemeinbildenden gymnasialen Oberstufe haben Grund- und Leistungskurse des Faches Gemeinschaftskunde die Aufgabe, eine politische Grundbildung zu vermitteln. Daher sind in beiden Kursen die Themen und Fragestellungen nachdrücklich unter dieser Zielsetzung auszuwählen und zu erarbeiten. Die Schüler gewinnen neben der Kenntnis grundlegender politischer Sachverhalte zunehmend die Fähigkeit, politische Informationen kategorial zu erschließen. Es verbietet sich aus diesem Grunde auch in den Leistungskursen ein Unterricht/unter Fragestellungen der Fachwissenschaft.

Zunächst

Beide Kurstypen führen in wissenschaftliche Arbeitsweisen ein, indem sie fachwissenschaftliche Bearbeitungsmethoden in Grundzügen verdeutlichen und zur Anwendung bringen. Schüler müssen z. B. Schritte der Interpretation von politischen Materialien in beiden Kursen in einem solchen Maße üben, anwenden und bedenken, daß eine weitgehend selbständige Materialerschließung am Ende ihrer Schulzeit verlangt werden kann. Es ist Ziel der Leistungskurse, die Schüler mit einer etwas größeren Vielfalt von Bearbeitungsmethoden bekanntzumachen und ihnen ein differenzierteres Methodenbewußtsein zu vermitteln.

Da in beiden Kursen politische Probleme befragt und sorgfältig aufgearbeitet werden sollen, ist ein stärker orientierendes Vorgehen im Grundkurs unangebracht. Bei den Kursarten ist die exemplarische Betrachtungsweise eigen, wobei die Schüler in den Leistungskursen mit komplexeren Fragestellungen konfrontiert werden und Zusammenhänge stärker in den Blick treten. Um für gründliche Erarbeitung der Themen Raum zu gewinnen, ist in beiden Kursen der Stoff nachdrücklich zu begrenzen - das gilt ganz besonders für Grundkurse.

Vornehmlich in den Leistungskursen sollen die Schüler an der Planung des Unterrichts beteiligt und zu selbst verantworteten inhaltlichen und methodischen Entscheidungen erzogen werden.

Der größere Stundenanteil der Leistungskurse ist in erster Linie so zu nutzen, daß Schüler die Möglichkeit zu selbständigerem Arbeiten, zu längerem Suchen und Ergründen erhalten. Es ist Ziel der Leistungskurse, die Schüler anzuleiten, Aufgaben im Unterricht wie zu Hause über einen größeren Zeitraum zu bearbeiten.

Einzelne Gesichtspunkte, nach denen sich didaktische und methodische Unterschiede zwischen den Kursarten konturieren lassen:

Grundkurs:

Begrenzung des Themas auf wenige zu untersuchende Aspekte

Stärkere Vorgaben zur Zerlegung des Problems und zur Akzentsetzung

Vornehmlich sukzessive Erarbeitung von Teilfragen

Vorstellen von in der Regel nicht mehr als zwei kontrastierenden Positionen

Wenig ausgeprägtes vergleichendes Vorgehen

Vergegenwärtigung eng begrenzter Grundkenntnisse, die für die Beantwortung einer im Unterricht behandelten Frage notwendig sind

sachgerechtes Anwenden von politischen Fachbegriffen; Verstehen von Begriffen (auch in ihrem Bedeutungswandel)

Prüfung von Aussagen auf ihre Entstehung und Begründung

Leistungskurs:

Eingrenzung des Themas, so daß mehrere Aspekte zur Betrachtung herausfordern

Offenerer Zugang zu dem Problem; freiere Wahl von Schwerpunkten und Fragestellungen

Durchdringung eines komplexeren Problems

Betrachtung mehrerer Positionen

Vergleich einer Situation, eines Sachverhalts oder einer Vorstellung mit ähnlichen in der Geschichte oder in anderen Ländern

Verfügungen über Kenntnisse in Zusammenhängen

Erarbeitung und Erläuterung von Begriffen unter Einbeziehung ihrer Herkunft und ihres Bedeutungswandels; reflektierte Anwendung von Begriffen

Prüfung von Aussagen im Zusammenhang mit ihren theoretischen Grundlagen und ihrer Entstehung

Einschätzung von Theorien in Hinblick auf ihre Eigenarten und Besonderheiten	Ermessen der Reichweite von politischen und wissenschaftlichen Theorien
Weitgehend selbständige Handhabung sozialwissenschaftlicher Methoden, vornehmlich der Interpretation	Selbständige Handhabung ausgewählter sozialwissenschaftlicher Methoden (Datenerhebung, Interpretation u. a.)
Gelegentliche Berücksichtigung von Sekundärliteratur	Stärkeres Einbeziehen von Sekundärliteratur
Kurzreferat nach vorgegebenen Schwerpunkten der Betrachtung (zumeist stärker informierend als problematisierend)	Informierendes und problematisierendes Referat, das mehrere Positionen aufnimmt
Vor- und Nachbereitung von Einzelaspekten in Hausarbeit - in der Regel von Stunde zu Stunde	Längerfristige Hausaufgaben, die thematisch eng begrenzt sind, aber eine selbständige Strukturierung erfordern

5. Unterrichtsverfahren

5.1 Grundsätze

Sollen Schüler Bereitschaft entwickeln, sich mit Vorgängen oder Auffassungen in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft auseinanderzusetzen, so müssen sie mit der Frage nach der Bedeutsamkeit der unterrichtlichen Themen konfrontiert werden. Sie müssen erfassen, in welchem Maße sie oder andere Menschen von den Problemen, die im Unterricht erarbeitet werden, betroffen sind.

Der Lehrer wird die Einstellungen und Vorkenntnisse der Schüler zum Unterrichtsgegenstand ermitteln und sie zum Ansatz der gemeinsamen Arbeit machen. Er wird die Schüler

mit ihren eigenen sachlichen Anliegen ernst nehmen. Daher genügt es nicht, daß er seinen Kursvorschlag begründet; er muß ihn darüber hinaus mit den Schülern erörtern und ihn für ihre Wünsche und Anregungen offenhalten. Gerade im Fach Gemeinschaftskunde vermögen die Schüler auf Grund vielfältiger Vorinformationen, die sie vor allem durch die Medien erhalten, sinnvoll mitzuplanen. Dabei bleibt die Aufgabe des Lehrers unberührt, die fachliche Fundierung des Unterrichts zu sichern und mit geeigneten didaktischen und methodischen Maßnahmen für eine möglichst starke Förderung der Schüler zu sorgen. Änderungs- und Ergänzungsvorschläge zu seiner Planung wird er auf ihre Vertretbarkeit prüfen und er wird im äußersten Fall sogar auf eigenen Vorstellungen beharren, wenn ihm diese vernünftiger erscheinen.

Seine fachliche Überlegenheit wird der Lehrer so zur Geltung bringen, daß die Schüler angeregt werden, sich informieren zu lassen und sich mit den Unterrichtsgegenständen auseinanderzusetzen. Dazu sind offene Unterrichtssituationen notwendig, in denen Einsichten reifen können. Gleichwohl muß der Lehrer dafür sorgen, daß der Unterricht ergiebig bleibt; er hat Zielsetzungen im Auge zu behalten und auf Anforderungen zu bestehen.

Da der Schüler zu der Erkenntnis geführt werden soll, daß es in einer pluralistischen Demokratie immer unterschiedliche Ansichten zur Lösung einer politischen Frage gibt, und da er lernen soll, sich mit anderen Meinungen begründet auseinanderzusetzen, bevor er zu einer eigenen Bewertung gelangt, ist es notwendig, daß im Unterricht Meinungspluralismus gewährleistet wird. Es kommt nicht nur darauf an, daß die Schüler die Möglichkeit erhalten, ihre Meinungen frei zu äußern; vielmehr muß garantiert werden, daß ein gewisses Spektrum von Deutungen und von politischen Überzeugungen im Unterricht zur Sprache kommt. Neigt eine Lerngruppe zu Einseitigkeit, so ist es Auf-

gabe des Lehrers, mehrdimensionale Sichtweisen oder Gegenpositionen einzuführen und zur Diskussion zu stellen.

Mit seiner eigenen Stellungnahme zu politischen oder gesellschaftlichen Fragen darf der politische Erzieher nicht zurückhalten; denn er muß in vorbildlicher Weise zeigen, daß er zu politischem Urteil bereit ist. Allerdings wird er sich des Abhängigkeitsverhältnisses, in dem die Schüler zu ihm stehen, bewußt sein. Er wird darauf achten, daß sein Standpunkt und seine Maßstäbe nicht in den Vordergrund treten. Sie müssen vielmehr als eine Möglichkeit unter anderen dargestellt und der freimütigen Kritik ausgesetzt werden. Gerade im Fach Gemeinschaftskunde sollte der Lehrer bereit sein, selbst Offenheit und Lernbereitschaft zu zeigen.

Der Gemeinschaftskundeunterricht soll zu politischer Beteiligung erziehen. Das kann jedoch nicht dadurch geschehen, daß der Lehrer zur Teilnahme an bestimmten politischen Aktionen ermuntert und seinen Unterricht hierauf ausrichtet. Schule als öffentliche Veranstaltung dient nicht einseitigen Interessen und hat - zumal in den wissenschaftlichen Fächern der gymnasialen Oberstufe - die zentrale Aufgabe, Rationalität zu fördern und Tendenzen zur Agitation entgegenzuwirken. Nur im begrenzten innerschulischen Bereich können politische und soziale Handlungen, die die Schule ermöglicht oder zu denen sie auffordert, pädagogischen Sinn haben - etwa wenn ein innerschulischer Konflikt als Lern- und Übungsmöglichkeit genutzt werden soll oder wenn eine im Unterricht entstehende Ausstellung zu politischen oder sozialen Themen Anlaß zu besonders intensiver Beschäftigung mit Unterrichtsgegenständen gibt. Notwendig ist jedoch, daß eine eingehende gedankliche Erörterung das Handeln begleitet, wobei der Lehrer wiederum sicherzustellen hat, daß - im Rahmen der Grundwerte unserer Verfassung - Argumente und Gegenargumente zur Geltung kommen.

Der Lehrer kann mit seinem Erziehungsstil, seinem Umgang mit anderen Auffassungen und mit seinem Verhalten gegenüber politischen und sozialen Anforderungen entscheidend zur Entwicklung staatsbürgerlicher Haltungen des Schülers beitragen.

5.2 Methoden

Die methodische Seite des Unterrichts umfaßt die Formen der Kommunikation und Interaktion zwischen Lehrer und Schülern sowie der Schüler untereinander. Wie bei jeder Art von Kommunikation lassen sich bei der schulischen zwei Ebenen unterscheiden, die inhaltliche Ebene und die Beziehungsebene. Während es auf der inhaltlichen Ebene auf fachliche Richtigkeit und Effizienz der Vermittlung ankommt, geht es auf der Beziehungsebene um das Lernklima, um soziale und psychische Momente der Lernprozesse, die gerade im Gemeinschaftskundeunterricht von besonderer Bedeutung sind. Allgemein gehören zu einem Lehrerverhalten, das den Zielen des Faches gerecht wird: Geduld, zuhören können, Schülerbeiträge gelten lassen, behutsames, der Klarheit dienendes Strukturieren, auf dialogische Urteilsbildung bedacht sein, emotionale Zuwendung und Aktivierung.

Entsprechend der didaktischen Ausrichtung des Kurses oder einzelner Kursphasen entscheidet der Lehrer über die Methode der Bearbeitung. Für den Unterricht in Gemeinschaftskunde bieten sich an: der Lehrgang, das Rollen- und Planspiel, die Fallstudie, das Projekt. Die Wahl der jeweiligen Methode wird durch die Überlegung bestimmt, welche Lernzielbereiche in den Vordergrund gerückt werden sollen. Die Methoden der Bearbeitung unterscheiden sich im Hinblick auf die jeweilige Schüler- und Lehrerrolle erheblich.

Unter den Organisationsbedingungen der Schule hat der Lehrgang traditionell ein Übergewicht, auch in der Gemeinschaftskunde. Die Gefahr einer großen Lehrerdominanz kann vermieden werden, wenn der Unterricht in den methodischen Einzelschritten variantenreich gestaltet wird und wenn die Schüler Planungsübersicht haben. Eine Gefahr liegt in der enzyklopädisch breiten Anlage von Kursen mit Lehrgangscharakter; strikte Problemorientie-

rung der ausgewählten Materialien und Zusatzinformationen sowie das Bemühen, den Kurs thematisch bis zum vorgesehenen Abschluß zu führen, sind Möglichkeiten, dieser Gefahr zu begegnen.

Eine Möglichkeit, soziale, wirtschaftliche oder politische Handlungsabläufe und Entscheidungsprozesse für den Schüler verständlich zu machen, ist die Methode des Planspiels. Die Simulation der Wirklichkeit kann Zusammenhänge bewußt machen; sie erfordert aber in ihrem Ablauf von den beteiligten Spielgruppen einen erheblichen Aufwand an Zeit, Raum und Material, so daß Planung und Durchführung von den schulischen Gegebenheiten begrenzt werden. Das Rollenspiel fördert in besonderer Weise psychische und soziale Momente im Unterricht, erweitert die Erfahrungen und stärkt die Selbständigkeit der Schüler. Der Nachteil ist allerdings nicht zu übersehen: Es können nur eng begrenzte Themen und Problemstellungen auf diese Weise bearbeitet werden.

Die Fallstudie bietet die Möglichkeit, weniger aufwendig und zeitlich variabel aktuelle Vorkommnisse zu untersuchen. Voraussetzung ist, daß der gewählte Fall überschaubar und durch hinreichende Informationen erschließbar ist, exemplarische Bedeutung hat und daß die Schüler bereits Erfahrungen im arbeitsteiligen Gruppenunterricht haben. Ziel der Methode ist es, einen Vorgang nachzuvollziehen und dabei den Handlungsspielraum und die Rollenzwänge der Handelnden konkret einzuschätzen.

Das Projekt ist dadurch gekennzeichnet, daß sie die Lerngruppe einer Aufgabe annimmt, bei der sie die gedankliche Betrachtung mit praktischer Tätigkeit verbindet. Wenn die organisatorischen Voraussetzungen gegeben sind, bieten sich für die Projektmethode im Gemeinschaftskundeunterricht thematisch viele Möglichkeiten: Man kann eine Ausstellung veranstalten, eine Dokumentation veröffentlichen, eine Schülerzeitschrift gestalten, einen Film drehen usw.

Vorhaben dieser Art können die Schüler stark motivieren und ihre Selbständigkeit fördern. Für den Lehrer bleibt die schwierige Frage, ob sich der äußere und zeitliche Aufwand lohnt und ob alle Schüler aktiv mitarbeiten. Da die Ergebnisse des Projekts in der Regel der Schulöffentlichkeit zugänglich gemacht werden und auf die politische Bildung anderer Schüler Einfluß nehmen, muß dafür Sorge getragen werden, daß sie nicht verengte Sichtweisen hervortreten lassen.

Neben den Methoden der Bearbeitung, die den Unterricht im großen gliedern und prägen, ist für jede Einzelstunde über die Sozial- und Aktionsformen zu entscheiden. Im wesentlichen handelt es sich dabei um die Gesprächsformen und um die Darbietungsformen.

In der Gemeinschaftskunde haben die Gespräche, ob nun in der gesamten Lerngruppe, in der Kleingruppe oder nur mit dem Partner, einen besonderen Stellenwert. Sie sind im allgemeinen materialbezogen und dienen der kritischen Urteilsbildung. Die Schüler lernen in diesen Gesprächen, aufeinander zu hören, auf Argumente einzugehen, eigene Standpunkte zu begründen und Behauptungen zu belegen. Bei geeigneten Themen sollte Schülern die Gesprächsleitung übertragen werden.

Zu den Darbietungsformen zählen der Lehrervortrag, das Schülerreferat, der Film, die Fernsehsendung und ä. m. Die Schülerreferate dienen der Orientierung über Sachverhalte und Zusammenhänge und können durch Vorstellung von Problemen oder Problemlösungen Diskussionen in Gang setzen. Für den beauftragten Schüler haben sie zumeist einen hohen Erkenntnis- und Erfahrungswert; für die übrige Lerngruppe sind sie jedoch in der Regel nur fruchtbar, wenn sie thematisch und zeitlich eng begrenzt und mit dem Referenten gründlich vorbesprochen werden.

Da der Gemeinschaftskundeunterricht gedanklich möglichst nah an die politische Wirklichkeit heranzuführen soll, sind Begegnungen mit Personen, die in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft verantwortlich tätig sind, und Besuche von politischen und gesellschaftlichen Einrichtungen und wirtschaftlichen Betrieben wichtige methodische Maßnahmen. Zu denken wäre an die Teilnahme an einer Gerichtsverhandlung oder an einer Landtagssitzung, an Studienreisen nach Bonn, nach Berlin oder in die DDR, an den Besuch einer Behörde (z. B. des Arbeitsamtes), einer Bundeswehreinheit, einer Verbands- oder Gewerkschaftsgeschäftsstelle, eines Produktionsbetriebes, der Börse, einer Ausstellung etc. Das direkte Erlebnis vermittelt nicht nur Erkenntnisse aus erster Hand, sondern auch Erfahrungen und wirkt besonders anregend, sich mit der jeweiligen Problematik intensiv auseinanderzusetzen. Auf eine gründliche Vorbereitung und Auswertung der Begegnungen im Unterricht muß allerdings Wert gelegt werden.

Als Arbeitsmittel kommen für den Unterricht / originale Quellen - z. B. Gesetzes- und Vertragstexte, Parlaments- und Verhandlungsprotokolle, Verlautbarungen von Regierungen, Communiqués von Konferenzen, Gerichtsurteile, Veröffentlichungen von Parteien und Verbänden, Stellungnahmen von Einzelpersonen - und wissenschaftliche Texte in Betracht. Besonders wichtig sind auch Zeitungstexte, denn die Schüler sollen sich zu Zeitungslesern entwickeln und sich an den kritischen Umgang mit Zeitungen gewöhnen. Daneben sind Bilder, Plakate, Filme, Fernsehaufzeichnungen, Statistiken, Graphiken, Karten, Karikaturen, auch zeitgeschichtliche Literatur und politische Lieder als Arbeitsmittel von Bedeutung. Entscheidend ist, daß nicht zu viele Materialien eingesetzt werden und daß eine gründliche Auswertung zustande kommt.

∟ neben Schulbüchern und für den Schulgebrauch zusammengestellten Materialien

6. Lernerfolgskontrollen und Leistungsbewertung

Lernerfolgskontrollen erwachsen aus dem pädagogischen Auftrag der Schule. Sie ermöglichen dem Schüler die Beobachtung des eigenen Lernfortschritts und die Kenntnis seines Leistungsstandes. Für den Lehrer stellen sie ein wichtiges Kriterium der Effizienz seines Lehrens dar; sie dienen ihm außerdem zur Leistungsbewertung.

Der Lernerfolg wird kontrolliert im Bereich der mündlichen Mitarbeit und in den Klausuren.

Mündliche Mitarbeit:

Zur mündlichen Mitarbeit zählen alle Formen der Beteiligung des Schülers am Unterricht:

- selbständige Beiträge zum Unterrichtsgespräch
- Beiträge auf Anfragen des Lehrers
- geschlossene Darstellung von Hausaufgaben, Diskussions-
ergebnissen und Ergebnissen von Stillarbeit
- Protokolle
- Referate
- Sammeln von Material,

Für die Leistungen, die die Schüler in diesen Situationen erbringen sollen, hat der Lehrer Anforderungen zu definieren. Diese ergeben sich aus den Leit- und Lernzielen sowie aus dem Katalog der methodischen Fähigkeiten und Fertigkeiten. Für selbständige Beiträge zum Unterrichtsgespräch lassen sich beispielsweise folgende Anforderungen unterscheiden: Faktenkenntnis, korrekte Verwendung von Fachbegriffen, kritische Analyse von Materialien, Erfassen von Problemen, Aufstellen und überprüfen von Hypothesen, abwägend begründende Stellungnahme. Für das Schülerreferat können die Anforderungen so lauten: Gliederung des Vortrags, Richtigkeit der Information, Angemessenheit der Interpretation, Schlüssigkeit des Argumentierens, kompetente Beantwortung von Rückfragen,

freie, allenfalls auf Stichworte gestützte Vortragsweise.

Die jeweiligen Anforderungen müssen aus dem Unterricht erwachsen und den Schülern transparent sein. Der Lehrer wird die Schülerleistungen über einen längeren Zeitraum beobachten und schrittweise an das Anforderungsniveau heranführen.

Bewertungskriterien für die Notenfindung ergeben sich aus den unterschiedlichen Anforderungsbereichen, aus der Stetigkeit der Mitarbeit und aus der Angemessenheit der sprachlichen Ausdrucksweise. Für die Bewertung der Urteilsfähigkeit des Schülers ist der Grad der Ausgewogenheit und der Differenziertheit maßgebend, mit dem er sein Urteil darlegt; seine politische und soziale Einstellung unterliegt selbstverständlich nicht der Bewertung durch den Lehrer.

Klausuren:

Anzahl und Dauer der Klausuren sind in der Verordnung über die gymnasiale Oberstufe vom 12. 3. 1981, Erg. Reg. u. Erl. zu §§ 9.14 und 11.5/6, festgelegt.

In ihnen weisen die Schüler ihre Fähigkeiten in den Bereichen des Wissens und des Urteilens nach und zeigen, in welchem Maße sie Fachmethoden beherrschen. Die Anforderungen sind im einzelnen in den Einheitlichen Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung, Gemeinschaftskunde, festgelegt, an denen sich Aufgabenstellung und Bewertung der Klausuren orientieren. Politische und soziale Verhaltensweisen, die in den Zielvorgaben der Richtlinien ebenfalls angesprochen sind, entziehen sich einer Lern-erfolgskontrolle und Leistungsbewertung.

Die Schüler werden im Verlauf des Unterrichts in der gymnasialen Oberstufe kontinuierlich an das Niveau der

in der Abiturprüfung
Anforderungen|dadurch herangeführt, daß die Klausuren nach Umfang und Schwierigkeit des Materials, Art und Zahl der Hilfen und Differenzierung der Aufgabenstellung unterschiedlich gestaltet werden. Im 3. Kurshalbjahr ist mindestens eine Klausur unter Bedingungen der Abiturprüfung zu schreiben.

Bei allen Klausuren ist darauf Wert zu legen, daß neben fehlerfreier Rechtschreibung, Zeichensetzung und Grammatik ein angemessener Grad fachlicher Ausdrucksweise eingehalten wird. **Schwerwiegende und gehäufte Verstöße gegen die sprachliche Richtigkeit (Grammatik, Rechtschreibung, Zeichensetzung) oder gegen die äußere Form führen zu einem Abzug von 1 - 2 Punkten.**

7. Beispiele für Kurse und Kursfolgen

Die folgenden Kursbeispiele haben jeweils einen klaren Schwerpunkt in einem Lernfeld. Sie geben nur Anregungen zur inhaltlichen Gliederung und zu Lernzielbereichen. Für den Unterricht in einer bestimmten Lerngruppe müßten die Ziele präzisiert und ^(sollte) (ein möglichst aktueller Einstieg gewählt werden.

Beispiele für Kursfolgen

Folge A

1. Halbjahr: **Das politische System der Bundesrepublik Deutschland**
2. Halbjahr: **Sozialer Wandel und Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland**
3. Halbjahr: **Politische Herrschaft und Stellung des Bürgers in der Sowjetunion**
4. Halbjahr: **Friedens- und Sicherheitspolitik im Spannungsfeld des Ost-West-Gegensatzes**

Folge B

1. Halbjahr: **Parlamentarische Demokratie und Bürgerbewegungen**
2. Halbjahr: **Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland**
3. Halbjahr: **Theoretische Grundlagen und Erscheinungsformen der sowjetischen Außenpolitik**
4. Halbjahr: **Europäische Einigungsbestrebungen**

Folge A

Lernfeld I - Das politische System der Bundesrepublik Deutschland

Thema: Politische Willensbildung in der Bundesrepublik Deutschland

1. Planung: Erörterung von Programmvorgaben bzw. Entwicklung von Leitfragen, die die weitere Arbeit bestimmen.
2. Meinungsvielfalt ist ein Merkmal freiheitlicher Demokratie.
 - Welches Leitbild liegt der freiheitlichen Demokratie zugrunde? (Divergenz der Interesses versus Identitätstheorie von Rousseau, Notwendigkeit des Kompromisses, Bindung an gemeinsame Normen im politischen Streit)
 - soziale, regionale, ökonomische, konfessionelle Gliederung der Bevölkerung als Hintergrund der Vielfalt von Meinungen, Interessen und Wertvorstellungen.
3. Verbände artikulieren Interessen.
 - Welche Funktionen haben Verbände?
 - Worin unterscheiden sie sich?
 - Welche Mittel der Einflußnahme haben sie?
 - Wie ist die Willensbildung innerhalb der Verbände organisiert?
 - Welche Interessen sind nicht organisiert bzw. schwer organisierbar?
 - Welchen Einfluß nehmen Kirchen in politischen Fragen?
4. Medien transportieren Interessen und Meinungen.
 - Wie sind öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Medien aufgebaut?
 - Wessen Meinungen und Interessen artikulieren sie?
 - Wie kann der Bürger mit seiner Meinung Zugang zu den Medien finden?
 - Welchen Einfluß haben über Medien verbreitete Meinungen?
 - Ist die Meinungsvielfalt in den deutschen Medien gefährdet?
5. Parteien integrieren Interessen.
 - Welchen geschichtlichen Hintergrund hat die heutige Parteienlandschaft?
 - Welche Typen von Parteien lassen sich unterscheiden?
 - Welche Mitgliederzahl und -struktur haben sie?
 - Wie werden sie finanziert?
 - Wie ist die innerparteiliche Willensbildung organisiert?

6. Wahlen: Der Bürger wählt Repräsentanten seines politischen Willens.
 - Wer nominiert die Kandidaten?
 - Wie wird gewählt? (Wahlsystem und seine Wirkung auf die Parteien)
 - Welche Einflußmöglichkeiten haben die Bürger zwischen den Wahlen?

7. Parlament und Regierung führen die politische Entscheidung herbei
 - Welchen Einfluß hat der Abgeordnete?
 - Welchen Zwängen unterliegt er?
 - Welche Interessen vertritt er?
 - Welchen Einfluß hat die Ministerialbürokratie auf die politische Entscheidung bzw. Gesetzgebung?
 - Welche Kontakte bestehen zwischen Verbänden und Ministerien?
 - Wie sichert sich die Regierung die Parlamentsmehrheit?
 - Welchen Einfluß auf die Gesetzgebung kann die Opposition ausüben?

8. Die Justiz kontrolliert die politische Entscheidung auf ihre Gesetzes- bzw. Verfassungskonformität.
 - Wer kann politische Entscheidungen vor Gericht anfechten?
 - Wieweit grenzen die Urteile des BVerfG den politischen Entscheidungsbereich des Parlaments ein?

9. Schlußbetrachtung: Auseinandersetzung mit der Kritik an der repräsentativ-demokratischen Willensbildung:
 - Warum keine Volksbefragungen und -entscheide?
 - Was kritisieren rechte und linke Gegner des Parlamentarismus?
 - Ist ziviler Ungehorsam im demokratischen Rechtsstaat erlaubt?
 - Gibt es überzeugendere Modelle der Willensbildung?

Leit- und Lernziele: vornehmlich aus den Bereichen 1, 5 und 6.

Inhalte: IA3 und 4, 1, 2 und 6, B ; II,2

Lernfeld II - Gesellschaft

Thema: Sozialer Wandel und Sozialpolitik in der
Bundesrepublik Deutschland

- Grundkurs mit Erweiterungsmöglichkeiten für
Leistungskurse -

1. Planung und Problematisierung des Themas:

- Begründung des Kursangebots
- Erörterung von Grundfragen, die im Zentrum der weiteren Untersuchung stehen sollen; z. B. Wohlstand, Wachstum, Zweifel am Fortschritt / oder: Ansprüche an das System der sozialen Sicherung
- Grenzen der Finanzierbarkeit

2. Soziale Gliederung der Bundesrepublik Deutschland

- Alterspyramide und Bevölkerungsentwicklung in den nächsten Jahrzehnten
- räumliche **Verteilung** der Bevölkerung
- Schichtung nach Beruf, Wirtschaftsbereich und Einkommen
- theoretische Grundlagen der Schichtungsmodelle
- soziale Mobilität, offene oder geschlossene Gesellschaft
- Berufsausbildung und beruflicher Wandel, Einfluß neuer Technologien, Tempo der Veränderungen

3. Randgruppen in der Bundesrepublik Deutschland

- z. B. die Situation alter Menschen
(Erweiterung im Leistungskurs)

4. Wandel der Rolle der Frauen in Familie und Gesellschaft

- Doppelbelastung in Familie und Beruf
- Schwierigkeiten bei der Gleichstellung im Berufsleben
- Situation alleinstehender Frauen
(Erweiterung im Leistungskurs)

5. Soziale Sicherung und Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland

- Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes
- Bereiche und Systeme staatlicher Sozialpolitik
- Kosten und Grenzen des Sozialstaats
- Spannung zwischen Versorgungsdenken und individueller Leistungsbereitschaft
- sozialpolitische Bedeutung der Kirchen
- die Sozialpolitik der Gewerkschaften
- Zusammenhang zwischen Bevölkerungsentwicklung, wirtschaftlicher Entwicklung und Möglichkeiten der sozialen Sicherung, 'Generationenvertrag'.

6. Soziale Sicherung im Vergleich mit dem Ausland

- z. B. Kontrast zu den USA, Sozialstaat in Schweden
- Kritik und Verteidigung
- (Erweiterung im Leistungskurs)

7. Schlußbetrachtung: Betroffenheit und Konsequenzen

Leitziele und Lernziele: vornehmlich in den Bereichen
1, 4 und 2

Inhalte: II A, 2 - 4, B

Lernfeld IV - Marxistisch-leninistische Herrschaftssysteme

Thema: Politische Herrschaft und Stellung des Bürgers in der Sowjetunion

- Grundkurs mit Erweiterungsmöglichkeiten -

1. Erörterung der Kursplanung mit den Schülern; Feststellen ihrer Vorkenntnisse und ihrer Vorkenntnisse und ihrer Interessenschwerpunkte; Festlegen des Kursprogramms
(eventuell Motivierung durch Darstellung der Ansprüche sozialistischer Herrschaft: Beseitigung der Unfreiheit und der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, immer bessere Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen. Schaffung der Grundlagen für das Absterben des Staates, allseitige Entwicklung der Persönlichkeit, volle Entfaltung der persönlichen Freiheit im Einklang mit den Grundinteressen der Gesellschaft.
2. Allgemeine geschichts- und gesellschaftstheoretische Grundlagen nach marxistisch-leninistischer Lehre.
 - Stadien der geschichtlichen Entwicklung, Revolutionsbegriff
 - ökonomische, gesellschaftliche und staatliche Strukturen des Sozialismus und des Kommunismus als der beiden Phasen nach der proletarischen Revolution
3. Politische Herrschaft in der Sowjetunion
 - führende Rolle der Partei: Lenins Parteilehre, Aufbau und Willensbildung in der Partei nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus, Nomenklatura, Fraktionsverbot, Interpretation und Weiterentwicklung der Ideologie durch die Partei, Machtstellung der Partei in Staat und Gesellschaft, Unterdrückung jeglicher Opposition, Unterschied zu westlichen Parteien

- staatliche Institutionen und ihre Stellung zur Partei:

Demokratiebegriff und Rätegedanke nach Lenin und Ausformung im Obersten Sowjet (unter Einbeziehung der Form der Debatte und des Abstimmungsverhaltens seiner Mitglieder), Macht der Bürokratie und ihre Kontrolle durch die Partei

- Medien: Prinzip der Parteilichkeit, Propaganda-instrument der Partei, Filtern von Nachrichten

4. Das Wirtschaftssystem der Sowjetunion in seiner Bedeutung für den Bürger:

- kollektives Eigentum und kollektive Produktionsform: Begründung aus der Lehre von Marx und Engels, Ausformungen (Sowchose, Kolchose, verstaatlichter Industriebetrieb).
Mitbestimmung der Arbeiter
- zentrale Planung und Lenkung der Volkswirtschaft: Begründung aus der Lehre von Marx und Engels, Ablauf der Planerstellung. Bevorzugung bestimmter Sektoren der Volkswirtschaft, Schwierigkeiten der Anpassung der Produktion an die Bedürfnisse der Bevölkerung, Rolle der Gewerkschaften, Arbeitspropaganda und materielle Anreize
- Lebensqualität: Versorgung mit Konsumgütern und Wohnraum, Realeinkommen und Kaufkraft, System sozialer Leistungen, Arbeitsplatzgarantie und Einschränkung der freien Wahl des Arbeitsplatzes

5. Stellung des Individuums in Staat und Gesellschaft

- Freiheit und gesellschaftliche Anforderungen an das Individuum im Sozialismus/Kommunismus (nach Marx und Lenin)
- Menschenrechte, ihre Definition und ihre Realität in der Sowjetunion
- Inanspruchnahme von Rechten und Rechtsprechung; Strafvollzug

- gesellschaftliche Gruppen als Transmissionsriemen der Partei
- soziale Kontrolle und Geheimdienst
- Dissidenten und Minoritäten

6. Zusammenfassung und Ausblick

Erörterung einiger ausgewählter Thesen zu Entwicklungstendenzen der Sowjetgesellschaft

Leit- und Lernziele: vornehmlich aus den Bereichen 1, 3 u.

Inhalte: ^{IV}A 1, 2 und 4; B 1, 2 und 3

Lernfeld V - Internationale Beziehungen

Thema: Friedens- und Sicherheitspolitik im Spannungsfeld des Ost-West-Gegensatzes

- Grundkurs mit Erweiterungsmöglichkeiten für einen Leistungskurs -

1. Gemeinsame Planung

- Diskussion über Aktualität und Bedeutsamkeit der Kurs-thematik
- Ermittlung der Einstellungen, Vorkenntnisse, Fragen und Wünsche der Schüler zur Thematik und zu den Arbeits-verfahren
- Einarbeitung der Interessen der Schüler in den Kursvor-schlag und Festlegung des Kursprogramm_s

2. NATO und Warschauer Pakt:

- Gründung, Mitglieder, Ziele, Organisation, Entscheidungs-befugnisse, Willensbildung und Kommandostrukturen
- Einbindung der Bundeswehr und der Nationalen Volksarmee in die Bündnisse

3. Bedrohungsvorstellungen in Ost und West:

- Das Bild der Warschauer-Vertrag-Staaten von der NATO: Klassenkampf-begriff und Imperialismustheorie im Zu-sammenhang mit der marxistisch-leninistischen Lehre vom historischen Prozeß; militärisches Potential der NATO
- Bild der Atlantischen Allianz vom Warschauer Pakt: Marxistisch-leninistische Weltrevolutionslehre, die Begriffe Krieg und Frieden in der Sowjetideologie, Militarisierung in Erziehung und Gesellschaftspolitik, militärisches Kräfteverhältnis und geostrategische Situa-tion der beiden Bündnissysteme

4. Verteidigungspolitische Konzeptionen und Militärstrategien beider Bündnisse

- Warschauer Pakt: Vorwärtsverteidigung
- NATO: Gleichgewicht der Kräfte, Abschreckung, Flexible Reaktion, Vorneverteidigung

5. Entspannungspolitik als Teil der Sicherheitspolitik des Atlantischen Bündnisses

- der Begriff des "Kalten Krieges" und der "Entspannungspolitik"
- Begründungen für Vertragspolitik: Einschränkung der Kriegsgefahren, Minderung der Belastungen des Brutto-sozialproduktes; Doktrin der Friedlichen Koexistenz als außenpolitische Strategie der Warschauer-Vertrag-Staaten, Gleichgewichts- und Interessenintegrations-theorien im Westen
- Rüstungskontrollvereinbarungen und -verhandlungen: Atomtestabkommen, Nichtverbreitungsvertrag, SALT I und II, MBFR, START
- Ostverträge der Bundesrepublik Deutschland: Verträge von Moskau und Warschau, Grundlagenvertrag, Viermächte-abkommen über Berlin
- KSZE

6. Verzahnung mit der Nord-Süd-Problematik:

Wettlauf um politischen Einfluß in den Ländern der Dritten Welt; Export von Waffen, Entsendung von Ausbildern und Beratern; Ausgaben für militärische Entwicklungshilfe

- Erweiterungsmöglichkeit für einen Leistungskurs -

7. Krisen und Krisenmanagement:

an ein oder zwei Beispielen - z. B. Kuba-Krise 1962
Afghanistan 1979/80, Mittelamerika 1983: Ausgangslage, Eskalation, Mittel und Wege zur Eindämmung, Rolle der UNO

- Erweiterungsmöglichkeit für einen Leistungskurs -

8. Alternative Konzeptionen zur Friedenssicherung

- soziale Verteidigung
- Neutralität und Blockfreiheit Deutschlands
- Einseitiger Rüstungsverzicht
- Erweiterungsmöglichkeit für einen Leistungskurs -

9. Abschließende Reflexion der Kursproblematik:

- Verteidigungsbereitschaft und Wertvorstellungen:
Lebensbedrohung, Frieden in Freiheit / in Unfreiheit
- Kriegsrisiken: Rüstungsspirale, Machtvakuum, Rolle
der Ideologien, mangelnde demokratische Kontrolle der
Entscheidungsträger
- Zukunftsperspektiven

Leit- und Lernziele: aus den Bereichen 6, 8 und 3

Inhalte: IV A 3, B 1 u. 2; V A 3 u. 4, z.T. 2, B

Folge B

Lernfeld I - Das politische System der Bundesrepublik
Deutschland

Thema: Parlamentarische Demokratie und Bürgerbewegungen

1. Der zeitgeschichtliche Hintergrund der Bürgerbewegungen
 - APO und Studentenrebellion
 - Kritik am Parteien - und Verbändestaat

2. Überprüfung der Berechtigung dieser Kritik
 - Funktionen der Parteien in der parlamentarischen Demokratie
 - Interessenartikulation durch Verbände

3. Formen des Protestes
 - zur Soziologie der Bürgerbewegungen
 - Strategie und Taktik

4. Rechtsweg
 - Unabhängigkeit der Gerichte
 - Instanzen der Verwaltungsgerichtsbarkeit
 - Prozeß - Verfahren, Dauer, Kosten

5. Regierung und Opposition im parlamentarischen System
 - Die Willensbildung in Regierung und Mehrheitsfraktion
 - Möglichkeiten der Einflußnahme bei Abgeordneten
 - Die Mittel der parlamentarischen Opposition
 - Reformvorschläge
 - Alternativen zum parlamentarischen System?

Leit- und Lernziele: vornehmlich aus dem Bereichen 1, 5 u. 6

Inhalte: I A 1 - 5, B

Für einen Leistungskurs bietet sich neben der Vertiefung der Aspekte die Erweiterung durch die Rolle der Medien an (vgl. Lernfeld I A 6).

Lernfeld III - Wirtschaft

Thema: Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik
Deutschland

1. Der Begriff Wirtschaftsordnung
2. Liberalismus und Wirtschaft im 19. Jahrhundert
3. Soziale Marktwirtschaft: Theoretische Begründungen
 - Schule der Neoliberalen
 - Die Begründer der sozialen Marktwirtschaft
 - Wesensmerkmale der sozialen Marktwirtschaft
 - Vorzüge der sozialen Marktwirtschaft
 - Schwachstellen der sozialen Marktwirtschaft
4. Grundgesetz und Wirtschaftsordnung
 - Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes
 - Das Bundesverfassungsgericht zur Wirtschaftsordnung
 - Alternativen zur sozialen Marktwirtschaft:
Demokratischer Sozialismus
 - DDR - Verfassung und Wirtschaftsordnung
5. Die Parteien zur sozialen Marktwirtschaft
 - in Grundsatz-, Regierungs- und Wahlprogrammen
6. Die Abhängigkeit der sozialen Leistungen von den wirtschaftlichen Leistungen
 - Das Netz der sozialen Sicherung
7. Eigentum und Vermögensbildung
 - Eigentum in unserer Rechtsordnung (GG / BGB/StGB)
 - Die Vermögensverteilung
 - Vorschläge zu einer gleichmäßigeren Vermögensverteilung

8. Mitbestimmung in der Wirtschaft

- Formen der Mitbestimmung
- Montan-Mitbestimmung - Betriebsverfassungsgesetz 1972 - Mitbestimmungsgesetz 1976
- Urteil des Bundesverfassungsgerichtes

9. Die Tarifautonomie der Sozialpartner

- Tarifautonomie - Tarifverträge
- Spielregeln für den Streik
- Die Kampfmittel der Arbeitnehmer und Arbeitgeber:
Streik - Aussperrung
- Urteil des Bundesarbeitsgerichtes zur Aussperrung

Leit- und Lernziele: vornehmlich aus den Bereichen 6, 4
und 5 .

Inhalte: III A 1 - 3; ^B1 A 3a; Deutsche Frage (Vorstufe)

Lernfeld IV - Marxistisch-leninistische Herrschafts-
systeme

Thema: Theoretische Grundlagen und Erscheinungsformen der
sowjetischen Außenpolitik
(Grundkurs mit Erweiterungsmöglichkeiten)

1. Erörterung der Kursplanung mit den Schülern: Feststellen ihrer Vorkenntnisse und ihrer Interessenschwerpunkte;
Formulieren des Kursprogramms
(Eventuell zuvor Motivierung der Schüler durch Konfrontation mit der marxistischen These vom unvermeidlichen Untergang der westlichen liberalen Systeme und dem weltweiten Sieg des Sozialismus)

2. Das Bild der Sowjetunion von den kapitalistischen Staaten, ihren Strukturen und deren Einfluß auf die Außenpolitik (mit Kritik aus nichtmarxistischer Sicht):
 - Die Theorie des Klassenkampfes innerhalb kapitalistischer Gesellschaften und international zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten: Klassenbegriff bei Marx und Engels, Klasseneinteilung und Übertragung des Klassenbegriffs und des Klassenkampfes auf den internationalen Bereich; Vergleich der Klassenkampfthese und der Praktiken mit westlichen Auffassungen von der Regelung internationaler und innergesellschaftlicher Konflikte, Problematisierung des Klassenbegriffs und der Klasseneinteilung aus nichtmarxistischer Lehre.

 - Ökonomische, gesellschaftliche und politische Strukturen kapitalistischer Staaten und ihre Auswirkungen auf die internationale Politik: insbesondere Privateigentum an den Produktionsmitteln, Zwang kapitalistischer Produktionsweise zur Ausweitung der Produktion und des Marktes. Anarchie der Produktion, Staat und Politik in der Hand der ökonomisch bestimmenden Klasse, Lenins Imperialismusdefinition; Vergleich

mit der Realität und mit nichtmarxistischen Auffassungen: z. B. Bindung des Unternehmers an Sozialgesetzgebung und Tarifvertrag, staatl. Konjunktur- und Strukturpolitik, Klassenzugehörigkeit der Bundestagsabgeordneten und der Mitglieder der Regierungen; imperialistische Politik westlicher Staaten um die Jahrhundertwende und Ähnlichkeiten bzw. Andersartigkeiten heute.

- Selbstzerstörung des Kapitalismus: Krisen-, Konzentrations- und Verelendungstheorie nach Marx/Engels und in heutiger sowjetischer Auslegung; Vergleich mit Erscheinungen in westlichen Gesellschaften und mit politischen Maßnahmen in westlichen Staaten

3. Der Weltrevolutionäre Prozeß und seine Beeinflussung durch die Sowjetunion und die Staaten des sozialistischen Lagers

- theoretische Positionen und sowjetische Politik aus östlicher und westlicher Sicht:
- Begriff, Notwendigkeit und Formen der Revolution
- Bündnispolitik und Kompromisse (als Teil der Lehre von der Strategie und Taktik) in Theorie und Praxis
- Die Lehre vom Krieg und Frieden, Kriegsführung und Militärpolitik der Sowjetunion in den letzten Jahren
- Begriff und Merkmale der Politik der friedlichen Koexistenz in Theorie und Praxis: ideologischer Kampf, wirtschaftlicher Wettbewerb und Austausch, Vermeidung von Kriegen, Nichteinmischung, günstige Voraussetzungen für den Weltkommunismus

4. Außenpolitik und Moral: Im Gegensatz zu westlichen Vorstellungen

(Ethische Grundsätze und Geschichtstheorie nach Marx, Freiheitsbegriff, Parteilichkeit, Konspiration nach der Lehre Lenins)

- Probleme der Einschätzung der sowjetischen Außenpolitik:
Zustandekommen politischer Entscheidungen,
fehlender Pluralismus, fehlende freie Meinungsbildung, Rolle der Doktrin und der Machtpolitik

Leit- und Lernziele: vornehmlich aus den Bereichen
1, 2 und 8

Inhalte: IV B, 1 und 2 ; VA4, B; III B

Lernfeld V - Internationale Beziehungen

Thema: Europäische Einigungsbestrebungen

1. Die entscheidenden Schritte auf dem Wege nach Europa
 - Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)
 - Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)
 - Die Europäischen Gemeinschaften (EG)
 - Von der Sechser-EG zur Neuner-EG

2. Europa-Modelle in der Diskussion:
 - Zentralstaat - Bundesstaat, - Staatenbund (Gründe für eine Einigung Europas)

3. Die Organe der Europäischen Gemeinschaften:
 - Kommission - Ministerrat - Parlament - Gerichtshof

4. Probleme in der EG
 - Arm und reich in der EG
Regionalfonds - Agrarfonds - Sozialfonds
 - EG - Haushalt
 - Politische und wirtschaftliche Probleme durch weitere EG-Beitritte

5. Außenbeziehungen der EG

USA- Japan - Ostblock - 3. Welt
Abkommen zwischen der EG und 46 Staaten aus Afrika, der Karibik und des Pazifik (AKP-Staaten) in Lomé (1975)

 - Entwicklung des Außenhandels
 - Anteil der EG-Länder am Welthandel
 - EG-Staaten - UN-Budget

6. Die 2. Direktwahl des Europäischen Parlaments im Jahre 1984

Leit- und Lernziele: vornehmlich aus den Bereichen

1, 4, 5 u. 6

Inhalte: V A 1 und 2; III A 6